

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,00 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit Nachrüber Sonntag-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preistabelle für 1901 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren

Beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen
 je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gemischtpolitische Verord-
 nungs- und Verordnungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adressen:
„Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 25. Juni 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Imperialistische Kultur.

Wenn es noch Beweise bedurfte für die korrumpierende Wirkung des Imperialismus auf das nationale Leben, dann haben sie die Vorgänge der letzten Wochen in England und Amerika erbracht.

Welche schönen theoretischen Begründungen hat nicht vor einigen Jahren der Imperialismus gefunden, als unter dem Druck der Erkenntnis, daß es mit der einstigen Monopolstellung Englands auf dem Weltmarkt vorbei sei, die Idee des „Größeren Britanniens“ ihren Weg in die britischen Massen fand. In Zeitungsartikeln und wissenschaftlichen Schriften, in Romanen, in Balladen und lyrischen Ergüssen wurde in unzähligen Variationen der Ausspruch Joe Chamberlains wiederholt: „Der Imperialismus, das ist die wahre, weise, ökonomische Politik.“ Wie gewöhnlich Kellame-Annoncen irgend eine Mixtur als Allheilmittel für alle möglichen Krankheiten und Uebel anpreisen: für Herzosität, Kopfschmerzen, Magen- und Darmleiden und noch sonst allerlei, so wurde auch in Zeitungs- und Broschürenartikeln der Föderativ-Verband Englands mit seinen Kolonien, das „Empire“, als die Heilung und Abwendung all der Uebel gefeiert, die Englands bisheriger wirtschaftlicher Stellung aus der Konkurrenz der Vereinigten Staaten und Deutschland drohten. Wer meinte, die vielgerühmte „Expansion“ werde schließlich auf nichts anderes hinauskommen, als auf gewaltsame Annexionen fremder Ländergebiete unter Erneuerung aller jener widerlichen Erscheinungen früherer Kolonialkriege und kolonialer Exploitation, der kannte, wie enttäuscht versichert wurde, die neuere Geschichte der englischen Kolonien seit dem Abfall der Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht, der verkannte vor allem den sogenannten demokratischen Grundzug des englischen Volkscharakters. Ist nicht England das Mutterland der Freiheit, sind nicht von ihm die Pioniere ausgegangen, die in allen Teilen der Welt freie, nach den Grundgesetzen Mit-Englands verwaltete Kolonien begründet haben. Und nun sollte die föderative Vereinigung Englands mit diesen Tochterstaaten etwas anderes sein, als die Propagierung des demokratischen Staatsgedankens, der Idee der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung? Seiner ganzen, historisch bedingten Natur nach, so verkündeten die imperialistischen Anwälte, könne das „Empire“ nur eine Konsolidation des britischen Reichs und seiner Kolonien auf durchaus demokratischer Grundlage sein; Expansion bedeute zugleich Ausdehnung des freiheitlichen konstitutionellen Systems Englands, bedeute Selbstregierung usw. Und mit wunderbarer Gelehrsamkeit wurde aus dem Gang der wirtschaftlichen Entwicklung, aus allerlei der Geschichte Babylons, der Phönizier, Griechen, Römer entlehnten Analogien oder aus schönen sociologischen Gesetzen des Aufstiegs und Falls der Handelsnationen bewiesen, daß der Imperialismus ein geschichtlich notwendiger Fortschritt sei.

Und daselbe Schauspiel wiederholte sich, als nach der Beendigung des letzten spanisch-amerikanischen Kriegs auf Drängen ihrer Kapitalmagnaten und der von diesen abhängigen kapitalistischen Presse die Vereinigten Staaten die Spanien abgenommenen westindischen und philippinischen Inseln annektierten. Wie haarstarr wurde nicht bewiesen, daß das Unionsgebiet bereits an einem Ueberschuß von Kraft leide und daß dieser Kraft ein Ausweg geschaffen werden müsse zur Erfüllung der Welt mit amerikanischem Geiste.

Zum Ueberdruß ist sie breitgetreten worden, diese imperialistische Weisheit, in konservativen, wie in liberalen Bearbeitungen und selbst in den Publikationen der englischen Fabier, obgleich in der Hauptsache hinter dem stabilisierten „natürlichen Expansionsbedürfnis der Handels- und Industrienationen“ nichts anderes steckt, als die Suche des stetig anschwellenden Finanzkapitals nach neuen, größeren Vorteilen bietenden Anlagemärkten. Seitdem sind nur wenige Jahre verstrichen. Und wie ist die Probe aufs Exempel ausgefallen, wie hat sich seitdem die praktische Ausführung des imperialistischen Evangeliums, wie sie England und Amerika in die Hand genommen haben, gestaltet? Wo ist die Ausbreitung des freiheitlichen Staatsgedankens, die Ausdehnung des einheitlichen konstitutionellen Systems, die völlige Anerkennung des Prinzips der Selbstverwaltung? Nichts ist von all den verherrlichten Herrlichkeiten übrig geblieben als ein Haufen alberner Phrasen. Die Selbstverwaltung, welche die Vereinigten Staaten den Philippinern und Kubanern gebracht, besteht in ihrer Niederhaltung durch rücksichtslose Anwendung der Waffengewalt und Auslieferung an die Exploitationsucht der amerikanischen Großkapitalisten; und in Südafrika betreibt England mit nicht milderer Skrupellosigkeit die Expansion des Ausbeutungsgebiets seiner Kapitalistenklasse.

Es zeigt sich die alte Lehre, daß nicht schöne Interpretationen, auch nicht wenn imperialistische Dichterlinge sie in epische und lyrische Formen gießen, den Gang einer Bewegung bestimmen, sondern die ihr zu Grunde liegenden ökonomischen Faktoren. Und so erweisen sich schon jetzt alle Träumereien amerikanischer Verfassungsromantiker von der Ausdehnung des konstitutionellen amerikanischen Systems auf die neueroberten Kolonien als lächerlich, ebenso wie sich, falls England die Boeren zur Unterwerfung zwingt, das Geschwätz englischer radikaler und

fabianischer Imperialisten von der Einräumung völliger Selbstverwaltung an die verwüsteten Freistaaten in nichts auflösen wird — und zwar unter dem Gutbefinden des größten Teils derjenigen, die heute noch mit allerlei humanitären Phrasen den Kampf gegen die Boerenstaaten verteidigen.

Auf der schieben Ebene des Imperialismus giebt's keinen Halt; mit Gewalt drängt die Konsequenz der Thatsachen auf der abschüssigen Bahn zum Abstieg. Welcher Abstand ist nicht zwischen den einstigen schönen Deklamationen der liberalen englischen Imperialisten über die humanitäre Bedeutung des „Empire“ bis zu ihrer heutigen Gutheißung und Vertuschung der schlimmsten Gewalttat des britischen Militärregiments in den Boerenstaaten, bis zu ihrem neulichen Verhalten im Parlament gegenüber dem Antrage Lloyd Georges. Fast immer gefiel man sich erst in billigen Redensarten über die humanen englischen Absichten; entsprach dann das Vorgehen der Militärbehörden diesem Geschwätz allzu wenig, erhob sich vereinzelt Murren; doch schon nach wenigen Wochen entdeckte man gewöhnlich, daß immerhin ein solches Vorgehen sehr entschuldbar sei, und nach noch einigen Wochen fand man glücklich heraus, daß eigentlich die Boeren an allem selbst schuld seien, da sie sich mit unerhörter Halsstarrigkeit den humanen Intentionen Englands widersetzen.

Mit unwiderstehlicher Gewalt nötigt das imperialistische Bekenntnis zu immer neuen logischen Kopsprüngen und Abwendung von den wirklichen Thatsachen. Ein Beispiel ist das widerliche Beschönigungsgerede des größeren Teils der Fabier unter Leitung des Herrn Bernhard Shaw. Hat doch dieser Herr Shaw nicht nur entdeckt, daß England zur Annektion des Transvaalstaats berechtigt sei, da es nicht im Interesse der Zivilisation liege, wenn solche Machtmittel wie die südafrikanischen Goldminen in den Händen eines kleinen Grenzstaates bleiben, sondern auch, daß die Mächte mit ihrem Vorgehen gegen China ganz recht hätten; denn China schließe sich von der Welt ab, und da es nicht gutwillig das Recht der fremden Staaten auf Handel anerkenne, hätten diese die Berechtigung, sich gewaltsam Einlaß zu erzwingen. Der Staat, der sich gegen die internationale Zivilisation auflehne, müsse verschwinden.

Sicherlich wunderschöne Grundzüge. Sobald ein Staat sich nicht von andern eine mehr als fragwürdige „Civilisation“ aufdrängen lassen will, haben diese das Recht, ihn gewaltsam zu zwingen, nötigenfalls durch Dynamitbomben, zur höheren Ehre der heiligen Expansion. Die Ideen von Selbstverwaltung, Selbstbestimmungsrecht sind völlig flöten gegangen, und doch ist Mr. Shaw „Socialist“, wenn auch von nicht waschechter fabianischer Couleur. Bei seinen liberalen Kollegen ist das Gerede von der Konsolidation des Empire auf der Grundlage demokratischer Selbstverwaltung noch mehr zu einer rednerischen Floskel geworden; sie sind heute zur Gutheißung und Vertuschung jeder Maßregel geneigt, welcher sich die englische Militärverwaltung zur Niederzwingung der Boeren bedient: der Niederbrechung der Gehöfte, der Transportierung der Gefangenen nach fernen Inseln, der Zusammenpferdung der festgenommenen Frauen und Kinder der Boeren in ungesunden Feldlagern. Selbst die Verrohung des patriotischen Mob, die bei den verschiedenen Siegesfesten wilde Orgien feierte oder die zunehmende Korruption der Justiz, wie sie beispielsweise vor einigen Wochen in der Verurteilung des englischen anti-imperialistischen Journalisten Cartwright zum Ausdruck gelangte, nehmen sie mit einigen nichtsagenden abwehrenden Redensarten willig in Kauf; ja die imperialistische Presse hat sogar für die größten Noheiten noch Ermunterung, wie denn z. B. der „Daily Telegraph“ die neulich vor der Queenshalle gegen die Friedensdemonstrationen begangenen Ausschreitungen unter dem Titel „Die Jagd auf Krügers Freunde“ feierte.

Unauffhaltsam geht eben weiter auf der abschüssigen Bahn des Imperialismus. Noch auf der Parteikonferenz in Bradford vom 14.—16. Mai nahm die liberale Partei einstimmig eine Resolution an, in der Selbstregierung, gleiche Rechte für die weiße Bevölkerung und humane Behandlung der eingeborenen Rassen verlangt wurden, aber als am 18. Juni im Unterhaus ein gegen die Zustände in den Gefangenenlagern Südafrikas gerichteter Antrag des Walliser Abgeordneten Lloyd George zur Beratung stand, zeigte sich, daß der imperialistische Flügel nicht mal für eine humane Behandlung der Boerenfrauen und -Kinder zu haben war. Um nicht einem Antrag zuzustimmen, der möglicherweise als eine Verurteilung der englischen Politik in Südafrika gedeutet werden könnte, verließen unter Führung der Asquith, Mac Arthur, Grey und Galdane die liberalen Imperialisten den Sitzungssaal, so daß trotz Eintretens der Irländer der George'sche Antrag mit 252 gegen 149 Stimmen abgelehnt wurde. Die so oft unterdrückte auch diesmal wieder die imperialistische Expansionsmanie alle humanen Regungen, und doch war erst kurz vorher der Bericht der Engländerin Miss Hobhouse erschienen, der über die Gefangenenlager bei Bloemfontein und Kimberley, in denen ein Teil der gefangenen Frauen und Kinder der Boeren untergebracht ist, geradezu empörende Angaben enthält, so daß Miss Hobhouse selbst sich zu folgender Zusammenfassung ihres Urteils genötigt erklärt: „Ich nenne dies Lagerhölle eine Massengewaltthat. Es kann nie aus dem Gedächtnis ausgelöscht werden, die Kinder fielen

in der schrecklichen Hitze dahin; alles, was geschehen kann, ist nur elendes Klidverl. Tausende, die physisch unfähig sind, werden in Verhältnisse veretzt, die sie nicht ertragen können. Vor ihnen liegt der Ruin. Ganze Familien werden getrennt und zerstreut. Sie wissen nicht, wohin. Diese Lager beizubehalten, ist ein Mord für die Kinder. Was man auch thun möge, das Geschehene kann nicht ungeschehen gemacht werden.“

Und genau dieselbe Praxis, der Unterordnung aller freien, konstitutionellen, humanen Erwägungen unter dem Expansionsbestreben, finden wir als Folgen des siegreichen Imperialismus in den Vereinigten Staaten. Zum Vorteil der amerikanischen Kapitalisten besteht auf Hawaii die Kontraktflottenverlei fort; auf den Philippinen wird jede Selbstständigkeitsregung der Malaien in Blut erstickt; Kuba aber wird eine sogenannte Verfassung aufgezwungen, die in Washington fix und fertig gestellt ist und das Land völlig der Willkür der amerikanischen Kapitalmagnaten ausliefert. Dabei hilft die höhere Justiz im Dienste der imperialistischen Millionäre, die auch gleichzeitig die Leiter der großen Trusts sind, tapfer mit jene Verfassungspapiragen zu eliminieren, die dem kapitalistischen Interesse bei der geplanten Ausbeutung der neu erworbenen Gebiete im Wege stehen. So hat kürzlich das Bundesobergericht entschieden, daß zwar die Verfassung der Flage folgt, also Portorico, indem es durch den Pariser Friedensvertrag zum Territorium der Vereinigten Staaten wurde auch in dessen Zollverband aufgenommen worden ist; aber gleich hinterher erfolgte eine andre Entscheidung, daß der amerikanische Kongreß das Recht habe, nur soviel einem neu erworbenen Gebiet von der Verfassung zuzubilligen, als dieser vertragen könne, und daß er deshalb auch die Verechtigung gehabt habe, das Forakergesetz zu erlassen, durch das Portorico außerhalb der amerikanischen Zollgesetze gestellt wird. Kaum ist ein größerer Widerspruch möglich, wie zwischen diesen beiden Entscheidungen, — aber was hilft's, das Interesse verschiedener Trusts verlangt, daß ihnen die Konfuzenz der billigen Ausfuhrartikel Portoricos vom Hals gehalten wird.

So schaut in Wirklichkeit die Konsolidation der demokratischen Einrichtungen und das Selbstverwaltungsrecht aus, das nach der Angabe weiser Thebaner in der Natur des Imperialismus liegen soll; und ähnliche Folgen würden seinem Siege zweifellos auch in Deutschland folgen. Kleine Anfänge finden wir auch hier. Wie gerne hätte man nicht in gewissen Kreisen die Thaten der Peters und Konforten vertuscht, wie leicht hat man sich über die Hunnenthaten in China hinweggesetzt, nur um ja nicht die Expansionsbestrebungen zu stören. Selbst an einem Miniatur-Vendant zum fabianischen Sündenfall mangelt es nicht, hat doch auch Herr Kaumann als Haupt der Nationalsozialen die Nichtpardonn-Rede des Kaisers gebilligt.

Unvermeidlich führt nun einmal die imperialistische Weltmachtspolitik zu Kolonialgrueln, Anechtung fremder Rassen, Kampf und Verwüstung. Zu betonen, daß man wohl den Imperialismus will, nicht aber die Mittel, durch die er allein sich durchzusetzen vermag, und nicht die Folgen, die sich bisher an seine Fersen geheselt haben und heften müssen, ist nichts als Heuchelei. Den Gang imperialistischer Politik bestimmen nicht schöne Definitionen und Hoffnungen, sondern die Macht und das Interesse der hinter den Expansionsbestrebungen stehenden kapitalistischen Schichten, — und auch der ist für die Folgen dieser Politik verantwortlich, der sie unterstützt, ohne sich über ihre notwendigen Konsequenzen Rechenschaft abzulegen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 24. Juni.

Ein kleines Mittel.

Wir konnten kürzlich berichten, daß die bairische Regierung Bestimmungen erlassen habe, welche eine scharfe Kontrolle der gewerbmäßigen Stellenvermittlung bezwecken. Von diesem Rechte, das den Landesregierungen auf Grund des § 88 der Gewerbe-Ordnung zusteht, scheint nun auch die preussische Regierung Gebrauch machen zu wollen. Dieser Tage hat auf dem Berliner Polizeipräsidium eine Konferenz stattgefunden, zu der außer einer Anzahl gewerbmäßiger Stellenvermittler die Vertreter einiger Gastwirtsgehilfen-Vereine geladen waren, deren Stellenvermittlung aber ebenfalls nur gegen Zahlung bestimmter, ziemlich hoch bemessener Gebühren funktioniert, während diejenige Organisation, deren Vermittlung auch für Nichtmitgliedern vollständig kostenlos ist, der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen, nicht hinzugezogen war. Das Handelsministerium war durch Kommissarien vertreten.

Es wurde ein Entwurf vorgelegt, der 21 Paragraphen enthält, die sich inhaltlich vielfach mit denen der bairischen Regierung decken. Danach sollen die Väter, überhaupt die ganze Art und Weise des Geschäftsbetriebs der Stellenvermittler einer genauen Kontrolle seitens der Polizeibehörden unterzogen werden.

Den Stellenvermittlern und Stellenvermittlerinnen ist der Betrieb von Gast- und Schankwirtschaften untersagt. Mit dieser und noch einigen andern Bestimmungen kann man sich einverstanden erklären, ohne sich deshalb der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß die Vermittler nicht doch wieder andre Mittel und Wege finden, vertrauensvolle Stellenfuchende zu rufen. Ein Paragraph des Entwurfs aber fordert unfern entschiedensten Protest heraus, und es ist bedauerlich, daß die antwefenden „Gehilfenvertreter“ diesem keinen Widerstand entgegensetzten. Es ist § 5, welcher lautet:

Der Gesindevermieter und Stellenvermittler darf nur solchen Personen eine Stelle zuweisen, welche nicht in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnisse stehen, oder, sofern dies der Fall ist, eine Befreiung der Dienstberechtigten (Herrschaft, Arbeitgeber usw.) nach dem anliegenden Formular C beibringen, daß ein Wechsel der Stellung zulässig ist. Kann ein solcher Schein nicht vorgelegt werden, so hat der Gesindevermieter oder Stellenvermittler sorgfältige Erkundigungen über die Dienstverhältnisse der Stellungsfindenden Person einzuziehen. Personen, welche ohne Einhaltung der Kündigungsfrist ihre letzte Stellung verlassen haben, darf der Gesindevermieter und Stellenvermittler keine Dienstleistung gewähren. Dasselbe gilt für Personen, welche sich den Vorschriften zuwider nicht im Besitze eines ordnungsmäßig ausgestellten Gesindebuchs befinden, oder welche die zur Verbindung erforderliche Zustimmung des gesetzlichen Vertreters (§ 113 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) nicht nachweisen können.

Da haben wir die Mahregulung „kontraktbrüchiger“ Landarbeiter, wie sie seitens der sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten gelegentlich der Beratung der Novelle vorausgesetzt worden ist. Denn wie die ganze Aktion gegen das allerdings gemeingefährliche Treiben der Stellenvermittler nur auf Veranlassung und zu Ruhm und Frommen der Junker unternommen worden ist, so richtet sich dieser Paragraph speziell gegen die Landarbeiter; natürlich wird er gegebenenfalls auch gegen andere Arbeiterkategorien Anwendung finden.

Der Diensthofe und landwirtschaftliche Arbeiter bleibt so an die Stellung gefesselt, die er inne hat, so lange ihn die „Herrschaft“ nicht frei giebt. Nicht bloß dem „kontraktbrüchigen“ Arbeiter, jeder Person, die eine Befreiung ihrer „Herrschaft“, daß ein Wechsel der Stellung zulässig sei, nicht beibringen kann, muß der Vermittler bei Strafe jede Hilfeleistung ablehnen. Es ist das eine ungeheuerliche Anbelung des freien Willens, ja es bedeutet für Tausende von Arbeitern nichts weniger als die Aufhebung der Freizügigkeit.

Die Regierung hatte wohl recht, die Ausführung des Gesetzes den Landesregierungen zu überlassen, der Reichstag hätte dieser Entrechtung der Landarbeiter im Interesse der Junker denn doch nicht zugestimmt. Selbstverständlich wird der Zweck des Gesetzes, wenigstens soweit die landwirtschaftlichen Arbeiter in Betracht kommen, vollständig verfehlt. Das Gesetz sollte die Landarbeiter aus den Händen der „Skavenhändler“ befreien, die obige Bestimmung wird dazu führen, daß die Arbeiter, die den irdischen Gesilden der Oskelbier entschlössen müßten, die Stellenvermittler geradezu als ihre Freunde und Retter betrachten.

Liberaler Aufschwung in Italien.

Nach einer mühen und blutigen Reaktionszeit regiert jetzt in Italien ein liberales Ministerium, das ernstlich entschlossen scheint, eine Aera fruchtbarer Socialreformen heranzuführen. Ueber die Motive dieses socialreformatorischen Aufschwungs braucht man nicht zu rätheln. Mag der italienische Liberalismus, erschreckt durch die ungestümen Erfolge der Arbeiterbewegung, immerhin glauben, daß es ihm gelingen könnte, durch Konzessionen den Socialismus zu erschaffen — die Socialdemokratie, wo immer sie zur politischen Macht geworden ist, nimmt unbedenklich die Vorteile, die dem Proletariat geboten werden, ist sie doch fast überzeugt, daß der Socialismus fliegen muß, und daß weder Gewalt noch List über ihn Herr zu werden vermag. Darum unterstützen auch unsere italienischen Genossen das gegenwärtige Ministerium Zanardelli gegen die Reaktion, zumal sie nicht ohne Stolz gestehen dürfen, daß es ausschließlich die Frucht ihrer Arbeit ist, daß ein solches entschieden liberales Ministerium überhaupt möglich wurde.

Am letzten Freitag entwickelte in der italienischen Kammer Giolitti, der Minister des Innern, das socialpolitische Regierungsprogramm. Er verteidigte mit Worten, die in der Zeit der deutschen Zuchtstausvorlage und nach der Schredensherrschaft der italienischen Reaktion fast radikal klingen, das Koalitionsrecht der Arbeiter und das Recht des Ausstands. Gewiß nicht als Freund der Socialdemokratie, die er vielmehr gerade durch das Entgegenkommen zu entkräften wähnt; immerhin ist das eine civilisiertere Form des politischen Kampfes. Giolitti gab zu, daß die Arbeiterkoalitionen in der Hand der Socialdemokratie seien; aber das sei nur ein bedauerlicher Beweis der geistigen Faulheit der konservativen Partei. Giolitti fand auch die kapitalistisch anstößige Formel, daß das Interesse derjenigen, die zum eignen Vorteil die Löhne drücken, nicht das Interesse des Staates sei. Die von gerechten Ursachen erregten Ausstände befruchten Handel und Wandel eines Volks tausendfach; sie stärken das Rechtsbewußtsein der Arbeiter und das Pflichtgefühl der Lohnherren und tragen indirekt zur Erhöhung der Produktion bei, indem sie zuerst den Hand- durch den Maschinenbetrieb ersetzen und durch diesen neue Arbeit schaffen. Hätte die Regierung, so erklärte Giolitti, die Koalitionen aufgelöst und die Ausstände unterdrückt, wie das italienische Unternehmertum aufforderte, so hätte sie das Gesetz verlegt und sich zum Werkzeug einer Klasse gegen eine andre hergegeben.

Giolitti kündigte dann eine Reihe socialpolitischer Reformen von nicht unbeträchtlichem Wert an, um den Beweis zu liefern, daß die gegenwärtige Ordnung vereinbar sei mit jedem Fortschritt auf geistigem, wirtschaftlichem und politischem Gebiete.

Am Sonnabend wurde die Debatte fortgesetzt. Die stürmische Sitzung begann mit dem unvermuteten Uebergang des bisher regierungsfreundlichen Abg. Vaccelli zum Ministerium. Unser Genosse Ferri hielt eine große Rede über den Socialismus, dessen sicheren Sieg er ankündigte. Nachdem dann der Abg. Fortis der Regierung vorgeworfen, sie nähere durch die Zulassung der Arbeiterkoalitionen den Klassenhaß und bereite den Bürgerkrieg vor, erhob sich zum Schluß der Ministerpräsident Zanardelli, der schwungvoll das Programm des Liberalismus verteidigte.

Zanardelli führte — wir folgen einem Bericht der Wiener „Neuen Freien Presse“ — aus:

„Alle Redner haben die Gefährlichkeit der Ausstände und der Verbindungen, fast alle deren Nützlichkeit anerkannt. Das Recht, zu streiken und Vereinigungen zu bilden, ist das oberste Verteidigungsmittel der Arbeiter. Er besage die Art der Führung des Klassenkampfes sowie das Vorkommen von Kontraktbrüchen seitens der Arbeiter sowohl als auch der Unternehmer; die Heiligkeit der Verträge bilde die Hauptstütze der Gesellschaft. In dessen glaube er nicht, daß die Verletzung von Verträgen besonders geschützt werden könne. Das Recht zu streiken und Vereinigungen zu bilden, wurde von dem Ministerium des Innern wirksam geschützt; er halte aber dafür, daß es nicht den Gegenstand von Specialgesetzen bilden solle. Redner habe das Schiedsrichteram im Streit der Fabrikarbeiter von Genoa übernommen, wobei er sich der Schwierigkeiten schon wegen der Dringlichkeit, dem Streit im wichtigsten Hafen Italiens ein Ende zu machen, wohl bewußt war. Niemand habe der Regierung den Gedanken nahegelegt, die zur Verbesserung der Lage und zum Widerstande geschaffenen Vereinigungen aufzulösen.“

Er habe, fuhr Zanardelli fort, immer daran festgehalten, daß ein Recht zur Auflösung nur dann gegeben sei, wenn eine

Vereinigung verbrecherischer Tendenzen verfolgt. Das sei hier nicht der Fall. Die Vereinigungen blieben immer im Rahmen der Gesetzlichkeit. Die Ausstände haben keinerlei Unruhen hervorgerufen. Das liberale Regime habe seine Unzulänglichkeiten; die Freiheit werde nur um den Preis von Agitationen und Kämpfen erkauft. Aber die Devise des Redners war immer: *Melo periculosam libertatem.* (Ich ziehe die Freiheit vor, auch wenn sie gefährlich ist.) Die aus der Freiheit entspringenden Uebel seien vorübergehender Natur, ihre Vorteile dagegen von Dauer.

Im weiteren Verlauf seiner Rede dankte Ministerpräsident Zanardelli dem Parlament für die Hinweise darauf, daß sein (des Ministerpräsidenten) Prinzip immer war: „Monarchie und Freiheit.“ (Allgemeiner lebhafter Beifall; alle Deputierten mit Ausnahme jener der äußersten Linken erhoben sich und rufen: „Es lebe der König!“) Aber, bemerkte der Ministerpräsident, es ist ein Zeichen des Glaubens an die Monarchie und der Loyalität ihr gegenüber, eine Politik zu wünschen, welche sie in den Wahlen ihrer glorreichen liberalen Traditionen erhält. (Lebhafter langanhaltender Beifall. Das ganze Haus außer den Mitgliedern der äußersten Linken, erhebt sich und bricht in neuerliche Rufe aus: „Es lebe der König!“) Die Redner schon in den Jahren 1878 und 1882 erklärt habe, finde er es natürlich, daß die extremen Parteien eine liberale Regierung einer realistischen vorziehen. Redner könne nicht auf seine Prinzipien verzichten, bloß zu dem Zwecke, um sich von der äußersten Linken loszusagen. (Beifall links.) Man erweise den Institutionen einen Dienst, wenn man die extremen Parteien in den Schoß dieser Institutionen führt. Dadurch, daß er auf die Mitarbeiterhaft hervorragender Männer der äußersten Linken verzichtet habe, ohne auf irgend einen Teil seines Programms zu verzichten, habe er bewiesen, daß er nicht im Schlepptau der äußersten Linken sei. Er wünsche, daß die extremen Parteien in den Schoß der Institutionen treten und sich um die liberale Monarchie scharen. Der Ministerpräsident erinnerte daran, daß Deputierter Ferri im Namen der Gruppe der Socialisten erklärt habe, Feind jeder Gewalt zu sein und fügte hinzu, er würde mit unbeeuglicher Strenge vorgehen, wenn zur Gewalt gegriffen würde.

Ministerpräsident Zanardelli schloß: Wenn es ein Fehler ist, die Politik der Unterdrückung verwerfen und unmittels des öffentlichen Friedens die freie Ausbildung der öffentlichen Rechte gesichert zu haben, dann können Sie mich verdammen. Aber ich vertraue darauf, daß alle liberalen und unabhängigen Männer der Kammer ihr Urteil im Sinne einer überzeugten Billigung der Politik der Regierung abgeben werden. Er nehme die vom Deputierten Vaccelli beantragte Tagesordnung, besagend: „Indem die Kammer die liberale Richtung der Regierung billigt, geht sie in die Specialdebatte ein“, an, lehne jedoch entschieden die vom Deputierten Riccio vorgeschlagene einfache Tagesordnung ab.

Das Ergebnis der Debatte war dann ein glänzender Sieg der Regierung. Die von der Regierung nicht gebilligte einfache Tagesordnung wurde mit 264 gegen 184 Stimmen abgelehnt.

Zanardellis Rede ist sicherlich nichts weniger als socialistisch angehaucht. Sein offen ausgesprochener Zweck ist, das Proletariat mit der herrschenden Ordnung zu versöhnen, indem er ihm Freiheit und Schutz gewährt. Dennoch unterscheiden sich die Reden der italienischen Minister durch ihre entschlossene Parteimahne zu Gunsten der Arbeiter — in den Grenzen kapitalistisch nützlicher Socialreform — sehr vorteilhaft von dem schwammigen Gewäsch über ausgleichende Gerechtigkeit, über die mittlere Linie und das Gesamtinteresse der Nation, wie sie anderwärts üblich sind. Vollends radikal klingen sie gegenüber den Anschauungen und Welterlungen des scharfmacherischen Unternehmertums, das dem Arbeiter jede Freiheit rauben möchte außer der, sich ausbeuten zu lassen, und dem auch die bescheidenste Socialreform ein Greuel ist.

So bereitet denn das italienische Ministerium unseren reichsdeutschen Juchthauschriften schweren Krug. Die Kruppische „Berliner Neuesten Nachrichten“ sind zwar bereit, von den Reden Giolittis und Zanardellis „einen großen Prozentfuß Phrasen“ abzuziehen, wie sie in romanischen Ländern üblich sei, gleichwohl bleibt für das Blatt „immer noch genug übrig“, um sehr besorgt zu sein. Das Kruppische Organ schließt mit der folgenden Betrachtung:

„Die Gewinnung der extremen Parteien für die Staatsordnung ist ein Experiment, das auch bei uns versucht wird, und dem wir die Legende von der Wandlung der Socialdemokratie verdanken. Die Socialdemokraten nehmen selbstverständlich „das Gute, wo sie es finden“, was einst General v. Caprivi auch als sein Regierungsprogramm proklamiert hatte, und der italienische Socialist Ferri ist genau so lang wie seine deutschen Genossen, sich der einem solchen Experiment obliegenden Regierung als Vorarbeiter zu bedienen, aber auf alle Gewaltthätigkeiten zu verzichten, so lange die Saat noch nicht reif ist und das Heer noch steht. Warten wir zunächst die weitere Entwicklung in Italien ab, wobei wir ausdrücklich hervorheben, daß wir den armen italienischen Arbeitern die Lohnvermehrung um 48 Millionen von Herzen gönnen. Vielleicht werden dadurch die italienischen Arbeiter mehr und mehr der Notwendigkeit enttoben, ihr Brot im Auslande zu suchen.“

Dem letzten Wunsch schließen wir uns ebenso aufrichtig an, wie er heuchlerisch im Munde eines Vertreters jenes Unternehmertums klingt, das allezeit bemüht ist, durch ausländische Lohnrücker die „Gefährlichkeit“ der deutschen Arbeiter zu gähnen. Unsere Scharmacher fürchten vielmehr gerade deshalb jeden socialpolitischen Fortschritt im Auslande, weil dadurch — neben dem „bösen“ Beispiel, das er gewährt — den deutschen Ausbeutern es schwerer gemacht wird, aus dem Auslande billiger arbeitende Kräfte als Konkurrenz für den deutschen Proletariat herbeizuschaffen.

Die deutsche Socialdemokratie freut sich der italienischen socialreformatorischen Fortschritte, weil sie das Proletariat kulturfähiger machen, weil sie ferner, weit entfernt, den Siegeszug des Socialismus zu hemmen, vielmehr ihm neue und wehrhaftere Soldaten werben, und weil schließlich in ihnen ein Zeichen und eine Anerkennung der wachsenden Kraft unsrer Bewegung liegt.

Deutsches Reich.

Der Epileptiker Weiland.

Das wissenschaftliche Gutachten der Ministerialkommission über den Epileptiker Weiland ist, wie die „Münchener Allgemeine Ztg.“ erzählt, mit dem der Aerzte übereingekommen, die bei der Voruntersuchung thätig waren. Es handelt sich danach hauptsächlich um einen Epileptiker, der zur Zeit, wo er einen Anfall hat, sich in einem unzurechnungsfähigen Zustande befindet. Für seine Unterbringung in eine Anstalt dürfte sich auch der Bremer Senat schließlich entscheiden.

Das Reichsgericht dürfte den Vorfall endgültig erledigen, indem es das Strafverfahren gegen Weiland einstellt.

Der Kaiser hat sich, wie gemeldet wird, die Akten und medizinischen Gutachten vorlegen lassen.

Das Gutachten der obersten Instanz bedeutet für die Attentatspekulanten eine unangenehme Enttäuschung. Gaben doch selbst höfische Persönlichkeiten den Kaiser zu der Meinung zu beeinflussen versucht, daß nicht ein unglücklicher Zufall vorliege, sondern ein ernstliches Attentat geplant worden war. Sie haben aber nur den Erfolg erzielt, den Kaiser auf einige Wochen in distinkte Stimmungen zu treiben und zur seltsamen Alexandriner-Rede zu erregen. —

Der Held des Tages ist noch immer Herr Ballin, der „hanseatische Geist“, der den Agrariern in der Seele verhaßt ist. Nüchtern hielten Konservative und Antisemiten die neuere Taktik fest, den Kaiser möglichst nicht mehr zu erzürnen, als dieser in Augsburg wiederum das Wort sprach: „Unsre Zukunft liegt auf dem Wasser. Gar schnell wurde den angekommenen Monarchisten, als der Kaiser den Juden Ballin ehrte, den Generaldirektor der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrtgesellschaft, die so schnell zu Reichtum und Glanz aufgestiegen ist, während die Landwirthschaft zu Grunde geht. Und eine liberale Presse, im Wonnemael, daß einer von ihren Leuten zu so hohen Ehren emporgehoben, vergrößerte phantastisch das große Ereignis. Schon sollte Herr Ballin dicht am Ministerportefeuille angelangt gewesen sein, und das Ereignis erregte gleichzeitige die vom „Tageblatt“ und die von der „Staatsbürger-Zeitung“.“

Jetzt verläßt der „Hamb. Korresp.“ die Freude der einen und den Jammer der andern; er erklärt:

Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß die Presseberichte über ein Gespräch des Kaisers mit Herrn Generaldirektor Ballin bezüglich der Uebernahme eines Ministerportefeuilles unbegründet sind. Ebenso hat der Kaiser Aeußerungen über die Religionszugehörigkeit zu Herrn Ballin nicht gethan.“

Das „Berliner Tageblatt“ aber spendet den Seinen einigen Trost. Es will nun aus ganz authentischer, unanfechtbarer Quelle den wahren Sachverhalt kennen:

Der Kaiser hat Herrn Ballin allerdings niemals ein Reichsamt oder Ministerium zugebacht oder zu ihm von einer derartigen Absicht gesprochen, dagegen hat er ihm den Adel angeboten. Als Herr Ballin diese Ehre unter Geltendmachung verschiedener Gründe ablehnte, die aber der Kaiser sämtlich als hinwiegend zurückwies, rühte Herr Ballin endlich mit dem Argument heraus, daß er Jude sei. Darauf that dann der Kaiser die Aeußerung, es sei dies kein Hindernisgrund, nahm indessen von seiner Absicht Abstand und verlieh Herrn Ballin die hohe Ordensauszeichnung. Das ist der wirkliche Hergang der Sache.“

So hat es denn Herr Ballin immerhin weit gebracht. Die „Staatsbürger-Zeitung“ tröstet sich zwar, daß schon mehr Juden geadelt seien, jedoch wohl ist weder den ganzen noch den halben Antisemiten, daß ihr Monarch so unheimlichen Verlehrs pflegt. —

Die Subventionierten des Bundes. Ueber die finanziellen Beziehungen des Bundes der Landwirte zu den Parteien schreibt die Remmingerische „Neue Bayerische Landeszeitung“, das Organ des Bauernbundes:

Der Bund der Landwirte sucht auch bayerische Redacteure und Verleger anderer Richtung mit künftigen Versprechungen zu gewinnen, damit sie seinen Interessen dienen. Ja sogar bayerische Mitglieder des Land- und Reichstags sind aus der Bundeskasse honoriert worden oder werden noch honoriert, und darunter solche, bei denen man es gar nicht für möglich halten sollte.“

Remminger selbst versuchte man ja mit 10 000 M. jährlich für den Bund zu gewinnen. Und auch daran sei erinnert, daß der Bund selbst in der Socialdemokratie eine Agentur zu errichten verfußt hat. Professor Ruhland hatte ja unserer „Münchener Post“ Geldunterstützung angeboten, wenn sie schuppölmerrische Artikel aufnehmen würde.

Kein Wunder, daß unter solchen Umständen der Bund hartnäckig schweigt! —

Das Volkstafel-Gesetz. Ein Berliner Blatt brachte am Sonntag wiederum Angaben über wichtige Teile des Volkstafel-Gesetzes. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erklärt dagegen offiziell, daß auch diese Angaben auf willkürlicher Kombination beruhen. Es besteht bei den Regierungen offenbar die Absicht, den Gesetzentwurf auch weiterhin völlig geheim zu halten.

Diese Absicht ist höchst schädlich. Einerseits werden bei der großen Zahl von Personen, die nun von Amts wegen Kenntnis von diesem oder jenem Teil des Tarifs erhalten, doch Mitteilungen durchsickern, die aber, da ungenau oder ungläubig, nur Unklarheit und Verwirrung anrichten werden. Andererseits bedeutet die Geheimhaltung eine Ueberrumpfung des Reichstags, dessen Mitglieder den wichtigen Entwurf erst bei Wiedereröffnung des Parlaments im November kennen lernen würden, also nicht in der Lage sind, ihn gehörig zu prüfen, bevor er zur ersten Lesung steht. —

Gott und die Koruzölle. Zur Begründung des Brotwunders beruft sich heut die „Deutsche Tageszeitung“ auf „Imponderabilien“, welche die Regierung nicht genügend zu berücksichtigen scheint. Die Regierung möge nicht nur an die materielle Lage, sei es der industriellen Arbeiter, sei es der Landwirthschaft denken, sondern vor allem sich erinnern, daß das auf dem Lande lebende Volk in sittlicher Beziehung höher steht als der Großstädter. Und das Agrarierblatt erhebt sich in pathetischem Schreie zur Verherrlichung des Landes:

„Wer hat die Schlachten in unsren großen Reizen geschlagen? Wem ist es zu verdanken, daß Deutschland geehrt und mächtig dastehet? Doch nur dem deutschen Bauer, dem ein Führer entstand, welcher sich mit Stolz als Bauer bekannte, und dessen Dasein für jeden Deutschen nur in innigem Zusammenhange mit dem deutschen Lande, mit dem deutschen Walde zu denken ist. Dieser Mann hat niemals die Großstädte geliebt, Fürst Bismarck sahnte sich nur wohl auf der heimischen Flur. Er war eben ein natürlicher Mensch, und seine Leistungen zeigen, daß die Kraft zum Handeln, die Fähigkeit, erhabene That zu vollführen, nicht gewonnen wird in den Häusern der Städte, sondern nur unter dem freien Himmel. In unmittelbarer Nähe jenes höchsten Wesens, welches der Menschheit allein die Kraft und Stetigkeit verleihen kann. Der deutsche Bauer fühlt täglich und stündlich diese Abhängigkeit der Menschennatur von dem höchsten Wesen, und es ist kein Zufall, daß religiöses Empfinden wohl von jedem Landmanne als das höchste Glück des Daseins erkannt wird. Thron und Altar sind für den deutschen Bauer kein leerer Schall; die damit verknüpften sittlichen Forderungen durchdringen sein ganzes Wesen und geben ihm sein Gepräge.“

Wir dürfen niemals vergessen, daß diese kurz angebundenen sittlichen Kräfte verloren gehen, wenn die deutsche Landwirthschaft ihrer Existenzmöglichkeit entkleidet wird, und wir hoffen, daß diese ideale Seite der großen, der Lösung entgegengehenden wirtschaftlichen Frage ihre entsprechende Würdigung finden wird.“

Die Gortheit selbst ruft das gottesfürchtige Agrarierblatt für die Koruzölle zum Zeugen. Denn den Agrariern ist die Gorttheit besonders nahe. Sie ist nicht mehr, wie sonst Gläubige meinen, allgegenwärtig, sondern man muß Agrarier werden, um ihren Hauch zu spüren. Als Agrarier ist der sterbliche Mensch gottesfürchtig und alle Tugenden halten Einzug in seine Seele. Er wird befähigt, Schlachten zu schlagen und die Politik von Blut und Eisen zu üben. Er ist erfüllt mit strenger Zucht und erster Lebensführung und es ist Lug und Trug, wenn angebliche Kenner des Landes, Geistliche zumal, von Lasterbastigkeit und Ausgewiesung berichten, wie sie selbst die läudliche Gorttheit nicht lenne. Vor allem aber ist der agrarisch gottesfürchtige Mensch der wahre Hüter des Throns.“

Nur wenn es nicht die geforderte Koruzölleerhöhung giebt, verliert die Species des natürlichen Menschen die Reizung, den Thron zu hüten. Dann wird er rebellisch werden und selbst „die unmittelbare Nähe jenes höchsten Wesens“ hindert die Anprecht von Ransern nicht, Socialdemokraten werden zu wollen. —

Graf Bülow und die Orthodoxen. Wir hatten mitgeteilt, daß der vom brandenburgischen Konsistorium wegen nicht genügenden Heizenetums strafverlehte Konsistorialrat Dr. Reiche durch Uebernahme in eine Stellung im Reichsamt des Innern der Strafverleugung und somit den orthodoxen Reyerichtlern entzogen worden

fei. Die „National-Zeitung“ erzählt jetzt, daß der Reichsanwalt Graf v. Sälow selbst in die Angelegenheit eingegriffen hatte.

Es ist immerhin anzuerkennen, daß der Reichsanwalt, da er in großen Fragen der Reaktion verschrieben bleibt, wenigstens einige geistige Niedertracht der Orthodoxie und Reaktion zurückweist. Freilich bleibt er auch in dieser Tätigkeit bei geringen Anlässen.

Die Rechtspraxis des Gumbiner Gerichtsherrn. Zum Gumbiner Nordprozeß sind in der in Justizburg erscheinenden „Ostdeutschen Volkszeitung“ und in der Berliner Presse in einer Zuschrift aus Justizburg in die „National-Zeitung“ erschienenen Mitteilungen über Verlegungen der Militär-Strafgerichtsordnung bestritten worden. Der Gewährsmann der „Nat.-Ztg.“, Rechtsanwalt Horn in Justizburg, der von Amts wegen bestellte Verteidiger des Sergeanten Hidel, hat darauf in einer an die „Ostdeutsche Volksztg.“ gerichteten Berichtigung die Behauptungen dieses Blattes als „thatsächliche Unrichtigkeiten“ bezeichnet. Der „Nat.-Ztg.“ schreibt Rechtsanwalt Horn, daß ihm von „neuen Thatfachen und Ermittlungen“, welche die neue Untersuchungshaft gegen Hidel rechtfertigen sollen, nicht das geringste bekannt ist.

Die Strafanzeige gegen die beiden Generale wegen Freiheitsberaubung ist bei der Staatsanwaltschaft in Justizburg eingereicht worden. Nach § 153 der Militärstrafgerichtsordnung ist diese Anzeige von der Staatsanwaltschaft an die vorgesetzte Dienstbehörde der Beschuldigten abzugeben. Gemäß § 21 der Militärstraf-Prozess-Ordnung und § 4 des Einführungsgesetzes dazu bestimmt zunächst der Kaiser einen Offizier, der die gerichtlichen Befugnisse gegenüber den beiden Generalen auszuüben hat.

Man darf auf den Ausgang dieser Klage gegen die Generale gespannt sein.

Todesstrafe für eine Verspätung. Wegen besonderer Tüchtigkeit im Wachtdienste wurde, wie der „Tägl. Rundsch.“ aus Kachen geschrieben wird, der Füsilier R. vom dortigen Infanterie-Regiment Nr. 40 vom Regimentskommandeur zum Gefreiten befördert. R. befand sich auf dem Eisenborner Truppenübungsplatz auf Posten und mußte gegen einen Mann vom 65. Infanterie-Regiment in Aktion einschreiten, der während der Dunkelheit als „Zapfenstreicher“ einen Pallisadenzaun zu überklettern versuchte. Da der Mann auf Anruf davon nicht abließ, machte R. seiner Instruktion gemäß von der Schußwaffe Gebrauch und traf den Ungehorsamen in den linken Fuß. Nun sprang der Soldat herab, zog seine Seite hervor und wollte sich auf den Posten stürzen. Dieser sah sich lebensgefährlich bedroht; er rief „Halt!“ und feuerte, als sein Gebot fruchtlos blieb, nochmals. Der Schuß ging dem andern durch die Lunge, so daß augenblicklich der Tod eintrat. Jetzt wurde jener Posten wegen besonderer Tüchtigkeit im Dienst zum Gefreiten befördert. Der Erschossene hatte nur noch bis zum Herbst zu dienen.

Ein nicht durch den Militarismus erzogener Mensch wird es nicht verstehen, daß mitten im Frieden ein Soldat über einen Kameraden aus eigener Entscheidung die Todesstrafe verhängen und vollstrecken darf, weil der andre leichtsinnigerweise sich mit der Heimkehr veripäpelt hatte und, um einer Strafe zu entgehen, über den Zaun zu klettern suchte.

Und noch weniger wird ein Nicht-Militarist es verstehen, daß der Soldat, der durch seine Instruktion in eine solche traurige Notwendigkeit gebracht wird, noch überdies befehrt wird. Das muß ja geradezu als ein Ansporn für die Wachtposten werden, in derartigen Konfliktfällen schweidlich los zu scheitern. Die Auszeichnung des Gefreiten Lüd., der als Posten einen Zivilisten getötet hatte, ist seiner Zeit allgemein verurteilt worden.

Die Gewerbegerichts-Novelle. Die „Rhein. Westf. Ztg.“ erzählt über die Stellung der Regierungen zur Gewerbegerichts-Novelle folgendes:

In Ergänzung der jüngsten Andeutungen, daß die Mehrzahl der Bundesregierungen geneigt ist, dem vom Reichstage beschlossenen Gesetz zur Abänderung des Gesetzes betreffend die Gewerbegerichte vom 20. Juli 1860 die Zustimmung zu erteilen, erfahren wir von zuverlässiger Seite, daß die Entscheidung hierüber vorzugsweise von der preussischen Regierung abhängen wird. Diese hat noch keine endgültige Stellung hierzu genommen. Die große Mehrheit der andern Bundesregierungen will aber ihr Votum in dieser Frage von der Stellungnahme der preussischen Regierung abhängig machen. Soweit bisher bekannt geworden ist, teilt zwar die preussische Regierung manche Bedenken, die gegen die vom Reichstage beschlossene Fassung der Gewerbegesetz-Novelle geltend gemacht worden sind, hält sie aber nicht für so schwerwiegend, um einen Reichstags-Beschluß abzulehnen, gegen den sich nur eine geringe Minderheit, bestehend aus einigen Mitgliedern der beiden konservativen Parteien und der nationalliberalen Partei erklärt hat. Man nimmt daher an, daß die preussische Regierung in einer demnächst oder nach den Sommerferien abzuhaltenden Staatsministerial-Sitzung dem vom Reichstage beschlossenen Gesetz doch noch Zustimmung zu erteilen wird und daß demgemäß auch der Bundesrat, in dem Vertreter größerer Bundesstaaten heute noch Bedenken dagegen haben, schließlich das Gesetz annehmen wird.

Es wäre voreilig, diesen Mitteilungen zu trauen. Die Großindustrie bemüht sich eifrig, um das Gesetz zu Fall zu bringen. Auch die sozialpolitische Kommission des deutschen Handelstages hat eine Eingabe an den Bundesrat gehen lassen, in der die Ablehnung der wichtigsten Beschlüsse des Reichstages gefordert wird.

Wohnungsfrage in Hamburg. Die Hamburger Bürgerschaft setzte vor einiger Zeit einen Ausschuss nieder, der die Frage der Einwirkung des Verkaufs von Staatsgrund auf die Bodenpreise prüfen sollte. Der Bericht dieses Ausschusses ist jetzt erschienen. In demselben beantragt der Ausschuss: „Die Bürgerschaft möge beschließen und den Senat um seine Mitgenehmigung ersuchen, daß zur Erleichterung der Herstellung von kleinen Wohnungen versuchsweise geeignete Flächen Staatsgrundes unter näher festzusetzenden Bedingungen, hinsichtlich deren die Bürgerschaft den Vorschlägen des Senats entgegensteht, im Erbbaurecht vergeben werden.“ Dieser Antrag wird zweifellos eine recht lebhafte Debatte im Plenum der Bürgerschaft hervorrufen, denn einerseits wird sich die Grundeigentümer-Mehrheit derselben energisch gegen jede ihren Privatprofit bedrohende Maßnahme sträuben, und andererseits werden die antisemitischen Bodenreformer, vor allem aber unser Genosse Stollen darauf dringen, daß bezüglich der Wohnungsfrage endlich etwas geschieht. Das Bedürfnis nach kleinen Wohnungen dürfte zur Zeit kaum in irgend einer andern Stadt ein so dringendes sein. Endlich wird nämlich die seit dem Cholerajahr so oft geforderte Sanierung der inneren Stadt energisch in Angriff genommen. Es ist schon mit dem Abbruch einer großen Anzahl Häuser in der Hafengegend begonnen und die Bewohner der dem Abbruch verfallenen Häuser — fast ausschließlich Hafenarbeiter — wissen noch nicht, wohin sie sollen. Es ist da sofortige Staatshilfe vonnöten, wenn es nicht zu einem großen Skandal kommen soll, der Hamburg wieder einmal vor aller Welt kompromittieren würde.

Aus Ostpreußen. Verbilligung der Eisenbahnfahrt in der vierten Wagenklasse fordern jetzt die ostpreussischen Agrarier, die bisher nur billige Frachttarife für Kartoffeln, Korn und Vieh forderten, um leichteren Abzug dafür zu haben. In der nächsten Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses wird ein ostpreussischer, konservativer Abgeordneter, der Rittergutsbesitzer Drämer, den Eisenbahnminister interpellieren, ob der Minister nicht den Einpreisnigtarif für die vierte Wagenklasse einführen wolle, wie es der Vorstand der ostpreussischen Landwirtschaftskammer kürzlich beantragt hat. Jetzt löst der Minister Fräber in der vierten Wagenklasse bekanntlich zwei Pfennig. Freilich ausnahmslos wollen die ostpreussischen Agrarier keine Tarifermäßigung. Herr Drämer soll vom Minister nur das Zugeständnis fordern, daß die Arbeiter, welche aus dem Westen nach Ost-

preußen zurück kommen wollen, für den halben Preis fahren können. Für die Fahrt von Ostpreußen nach dem Westen würden die Herren von der Landwirtschaftskammer gegen eine Verdoppelung des Preises nichts einzuwenden haben.

Zur Wahl in Memel-Bezirk verhalten sich die Freisinnigen nach wie vor tödlich, indem sie in ihren Zeitungen die Erörterungen über die Kandidatur Matschull fortsetzen. Es bedarf aber wirklich keiner tiefgründigen Betrachtungen mehr darüber, ob Matschull mehr Agrarier als Littauer, oder ob der Herr überhaupt nichts andres wie ein wackelnder Agrarier ist. Herr Matschull hat es bisher — wie uns aus dem Wahlkreise geschrieben wird — nicht für notwendig gehalten, darüber Aufschluß zu geben, wie seine Kandidatur zu stande gekommen ist. Dieses Schweigen beweist aber nur die Richtigkeit unserer Annahme, die auch von anderer Seite bestätigt gefunden hat, daß Matschull zuerst von den Konservativen respektive vom Bund der Landwirte als Kandidat in Aussicht genommen ist. Die Entscheidung im Wahlkreise wird aber sicher nicht durch Betrachtungen über die Kandidatur Matschull in den Zeitungen, die im Kreise nicht gelesen werden, sondern durch tüchtige Arbeit herbeigeführt werden. Die Matschull-Leute werden sich großer und bemerkbarer Agitation nicht mühen brauchen, da der amtliche Apparat für Matschull wie für jeden andern konservativen Kandidaten in Bewegung gesetzt werden wird. Es war schon interessant, zu sehen, wie prompt einen Tag, nachdem das Abkommen zwischen Konservativen und Littauern zu stande gekommen war, der Wahltermin bekannt gegeben wurde. Seitens unserer Genossen ist ein Flugblatt verbreitet worden, und wo es möglich ist, werden Versammlungen abgehalten. Die Saalabtreibererei steht natürlich in schönster Blüte. Von den Freisinnigen ist bisher gar nichts zu hören. Fabrikdirektor Schaaf-Kemmel soll Kandidat sein, eine offizielle Auffstellung ist aber bis heute nicht erfolgt. Wie wir hören, soll freilich demnächst energisch in die Agitation eingetreten werden, wozu der Handelsvertragsverein bedeutende Geldmittel zur Verfügung gestellt hat. Bis zum Wahltag sind es freilich nicht mehr ganz vier Wochen. Unsere Genossen erhoffen, daß unser Kandidat Braun in die Stichwahl gelangt. Wie wird sich dann der Freisinn helfen?

Die Landtagswahlen in Baden. Aus Karlsruhe wird uns geschrieben: Mit der Auffstellung unserer Parteigenossen Scheinmeister Schaler und Arbeitersekretär Kagenstein sowie des Demokraten Bauunternehmer Wetz sind in der Residenz die Wahlvorbereitungen der Opposition vollendet und der Aufmarsch der vereinigten demokratischen Parteien ist zum Abschluß gebracht. Im Gegenjah hierzu befindet sich die nationalliberale Regierungspartei immer noch in schweren Wahnträumen. Beim Centrum wie bei den Demokraten hat sie sich mit dem Versuch zur Bildung eines bürgerlichen Kartells gegen die Sozialdemokratie einen Korb geholt. Nun ist sie in der Verzweiflung ihres patriotischen Herzens auf den Wadelstrumpf-Freisinn gekommen, mit dem im Bunde sie die Residenz der radikalen Opposition zu entreißen gedenkt. Viel Verlaß ist auf die Wahlfähigkeit dieser schwindmüchtigen Parteigruppe freilich nicht; das wissen auch die Herren Nationalliberalen sehr gut. Ihre Parteipresse läßt deshalb jetzt schon keinen Zweifel mehr darüber, daß sie im bevorstehenden Kampfe alle Register des ordnungspatriotischen Wahlrummels zu ziehen gedenkt, um die abermalige Anklieferung der Residenz an den Radikalismus zu verhindern. Bereits wird die Angst vor dem roten Gespenst in den Dienst der „guten Sache“ gestellt; man sucht der Bürgerchaft der Landeshauptstadt vor der Sozialdemokratie arselig zu machen und den Sieg derselben als eine unmittelbare Gefahr für Fürstenhaus und „Ordnung“ hinzustellen.

Dieselbe Presse, die das ganze Jahr hindurch über die Mauferung der Sozialdemokratie spottet und deren Umgestaltung in eine harmlose soziale Reformpartei so oft schon in nahe Aussicht stellte, sie ist nun plötzlich so, als ob mit einigen sozialistischen Wahlflecken für Staat und gesellschaftliche Ordnung das Ende gekommen wäre. Der Karlsruher Zeitungsgemeinrat der „Straßburger Post“ hat bereits einen stammenden Appell an die Bürgerchaft der Residenz gerichtet, in dem er ihr die Pflicht ans Herz legt, „das wieder zu werden, was ihre Väter einst waren: die festesten Stützen des Thrones und der Ordnung in wildbewegten Tagen“. Man kennt eben die leidenschaftliche, im Lauf der letzten Jahre in mannigfachen öffentlichen Kundgebungen zum Ausdruck gekommene Gegnerschaft des Landesfürsten gegen die Sozialdemokratie und sieht deshalb den abermaligen Sieg der letzteren in der Residenz als eine persönliche Kränkung des greisen Monarchen hinzustellen, um damit auf diejenigen bürgerlichen Elemente Eindruck zu machen, die lediglich durch die schwächliche politische Haltung des Nationalliberalismus aus dem Lager der Regierungsfreunde in dasjenige der Opposition gedrängt worden sind.

Nicht zum wenigsten der gemäßigten Flügel des badischen Centrums ist es, den man dadurch zu bestimmen hofft, der von dem intrantischen Parteiführer Wader ausgehenden Wahlparole: „Unter allen Umständen gegen die Nationalliberalen! die Gefolgschaft zu verweigern und aus persönlicher Anhänglichkeit an den Landesfürsten für die Kandidaten der nationalliberalen Regierungspartei einzutreten. Für das Vertrauen, das die Nationalliberalen in die Jugkraft ihres eignen Wahlprogramms setzen, ist diese Latil allerdings sehr bezeichnend.

Ausland.

Frankreich.

Kongreß der radikalen Partei.

Paris, 23. Juni. In der heutigen Schlußsitzung des Kongresses der radikalen Partei hielt Bourgeois eine Rede, in der er sich namentlich gegen den Merkantilismus wandte. Ferner betonte er die Notwendigkeit sozialer Reformen auf der Grundlage der Achtung des Privateigentums. Der Kongreß nahm Beschlüsse an, durch welche die Regierung aufgefordert wird, vor den in nächsten Jahre stattfindenden Wahlen die der Republik feindlich gesinnten sowie die liberalen Beamten aus ihren Ämtern zu entfernen. Danach wurde der Kongreß unter Abfassung der Parzellirung und Hochrufen auf die Republik geschlossen.

Paris, 24. Juni. In Algier kam es gestern abend bei der Ankunft von Régis zu einem Zusammenstoß zwischen dessen Anhängern und Gegnern. Die Polizei schritt ein und nahm 7 Verhaftungen vor.

Paris, 24. Juni. Déroulède und Habert haben an Fallières, als den Vorsitzenden des Staatsgerichts-Hofes, der den Grafen Lur-Saluces abzurufen haben wird, ein Schreiben gerichtet, in welchem es u. a. heißt: „Wir haben am 23. Februar 1890 versucht, die parlamentarische Regierung zu stützen und durch eine plebiszitäre Republik zu ersetzen, aber wir bekräftigen bei unserer Ehre, daß weder Buffet noch Graf Lur-Saluces, noch irgend ein anderer Royalist jemals unser Komplex gewesen ist.“

Spanien.

Barcelona, 23. Juni. Hier herrscht Erregung darüber, daß die Regierung die für katalanische Abgeordnete abgegebenen Stimmen für ungültig erklärte. Die katalanische Partei plant Kundgebungen, die der Regierung die Macht der Partei beweisen sollen. Die hiesigen Deputierten, deren Mandate für ungültig erklärt sind, reisten nach Veröffentlichung einer Einspruchserklärung von Madrid hierher ab.

Madrid, 24. Juni. In Alcoy (Alicante) kam es gelegentlich einer Prozession zu Unruhen. Eine große Menschenmenge empfing die Prozession mit feindlichen Rufen, entließ den Priester das Kreuz und zerbrach es. Darauf kam es zu Thätlichkeiten; von beiden Seiten fielen Stöße und wurden Steine geworfen. Die Gendarmen mußte einschreiten. Vier Personen wurden verletzt, einige erlitten leichte Verletzungen.

Balkanstaaten.

Konstantinopel, 24. Juni. Während der Sultan schlief, entstand im Harem in einem anstehenden unbewohnten Zimmer Feuer. Die Feuerwehr löschte den Brand innerhalb einer halben Stunde. Die Ursache des Feuers ist unbekannt, trotz der Untersuchung, die die Umgebung abhielt. Der Sultan befindet sich in großer Angst. Den Vorgesetzten von Oestreich-Ungarn, Frankreich und Rußland gegenüber, die er in Audienz empfangen hatte, sprach er von der großen Gefahr, in der er gefehlt habe.

Sofia, 24. Juni. Gegen sechs im Zusammenhang mit dem Prozeß Sarafow verhaftete Mitglieder des macedonischen Komitees, unter denen Vizepräsident Daniloff sich befand, wurde die Untersuchung eingestellt und dieselben freigelassen. Es bleiben vier Mitglieder, darunter Sarafow selbst, noch in Haft.

Rußland.

Russische Gewaltherrschaft in Finnland. Neuerdings sind wiederum zwei Zeitungen für immer und sechs auf längere oder kürzere Zeit eingezogen worden. Mehrere Zeitungen sind mehr oder minder streng „verwarnt“ worden, darunter auch der in schwedischer Sprache erscheinende socialdemokratische „Arbetaren“.

Afrika.

Alexandria, 24. Juni. Es sind neuerdings wieder Pestfälle in Alexandria, Port Said und Minieh vorgekommen.

Amerika.

Washington, 23. Juni. Wie man annimmt, werden die vom Staatssekretär Hay an den russischen Gesandten Grafen Cassini bezüglich der Zollbehandlung von Zuder und Petroleum gerichteten Vorstellungen den Zwischenfall für jetzt beendigen. Graf Cassini reist am 25. Juni nach Europa ab.

Englische Verluste.

Dem „Reuterschen Bureau“ wird aus Cradock vom Freitag gemeldet, daß am Donnerstag in der Frühe eine Abteilung der Midland Mounted Rifles unter Kapitän Spandan gegen den Boerenträufers Malan ausgesandt wurde, der Sonntagmorgen auf dem Marsch nach Westen die Bahn bei Koobehoopte überschritten hatte. Ueber den Zusammenstoß bei Waterloof ist, abgesehen von der Meldung, daß Kapitän Spandan tödlich verwundet wurde, keine weitere Nachricht hier eingegangen.

Eine spätere Meldung bringt folgende Einzelheiten über das Gefecht bei Waterloof, 30 englische Meilen westlich von Cradock:

Eine Erkundigungsabteilung der Midland Mounted Rifles, die zur Verfolgung des Kommandanten Malan ausgesandt war, schlug am Mittwoch bei Waterloof ein Lager auf. Als der Boerenskommandant Kruginger davon Nachricht erhalten hatte, eilte er herbei, wartete aber mit dem Angriff bis Tagesanbruch, gerade als die englische Truppe sich zum Aufbruch anschickte. Die Boeren überschütteten das Lager mit Geschossen. Das Gefecht dauerte zweieinhalb Stunden. Der Verlust der Engländer betrug zehn Tote und elf Verwundete.

Partei-Nachrichten.

Mit unseren Parteiverhältnissen in Nürnberg befaßt sich die bürgerliche Presse seit einiger Zeit sehr eingehend und sie kann sich nicht genug thun in Betrachtungen darüber, wie oberhalb dort alles und wie korruptiert die Führer seien. Alle diese Notizen, die die Wahrheit auf den Kopf stellen, entstammen dem freisinnigen „Frank. Kurier“, der einer sachlichen Kampfmethode nicht mehr fähig ist und diesen Mangel dadurch auszugleichen sucht, daß er die Führer der Bewegung mit persönlichen Verdächtigungen überschüttet und allen ihren Handlungen eigentümliche Motive zu unterstellen sucht in der löblichen Absicht, die Parteigenossen mit Mißtrauen zu erfüllen und sie in zwei Lager zu spalten. So war es zu Gessners Zeiten, so ist es auch heute noch. Gegenwärtig wird wieder als Beweis für die unter den Parteiführern herrschende Korruption der Umstand angeführt, daß die Handelsgesellschaft das Gehalt des Geschäftsführers Eydow von 3600 auf 5000 Mark erhöhte. Die Gesellschaft faßte diesen Beschluß, da sie sich durch ein Versprechen gebunden hielt, das dem Geschäftsführer bei seiner Anstellung gegeben wurde, nachdem er eine diesbezügliche Bedingung gestellt hatte. Es erübrigt darauf in „Kurier“ verschiedene Notizen, die angeblich aus socialdemokratischen Kreisen stammen, jedenfalls aber in der Redaktion selbst fabriziert sind, worin davon die Rede ist, daß „eine Hand die andre wäscht“ u. dergl., als ob die Geschäftsführer, von denen außer Eydow keiner einen Pfennig vom Geschäft bezieht, sich gegenseitig Vorteile zuschanzen. Nebenbei bemerkt, bezieht der Geschäftsführer das „Kur.“ mehr als das doppelte von dem, was Eydow bewilligt werden sollte. Diese Notizen blieben auch nicht ganz ohne Wirkung und riefen in den Reihen der Genossen einige Verstimmung hervor, der die Preschkommission dadurch Rechnung trug, daß sie in einer gemeinsamen Sitzung mit der Handelsgesellschaft die Kompetenzfrage aufwarf, da der § 8 des Gesellschaftsvertrags einen Zweifel darüber zuläßt, ob in den dort angeführten Rechten nur die Handelsgesellschaft oder mit ihr auch die Preschkommission zuständig sei. Nachdem aber überall, wo Parteibürokraten bestehen, die Preschkommissionen regelrechten Einfluß auf die Handhabung der Geschäfte haben, verlangte die Nürnberger Preschkommission das Gleiche; sie nahm folgende Resolution an:

Die Preschkommission hat in Gemeinschaft mit der Handelsgesellschaft zu entscheiden über alle Angelegenheiten der Prentischen Verlagsanstalt, über die Tendenz der Blätter, Regelung der Mitarbeiterfrage, Annoncenfrage, Anstellung und Entlassung von Personal in Redaktion und Expedition und Regelung der Vertragsverhältnisse.

Auf Grund dieser Resolution wurde beschlossen, die von der Handelsgesellschaft festgesetzte Erhöhung des Gehalts Eydows aufzuheben, da die Angelegenheit nicht gemeinsam mit der Preschkommission erledigt worden sei.

Die Handelsgesellschaft erklärte darauf, sie beharre auf ihrer Meinung, daß sie auf Grund des § 8 des Gesellschaftsvertrags das Recht habe, auch die Gehälter der Angestellten selbstständig zu regeln, und überläßt die Entscheidung den Parteigenossen. Eine Parteiverammlung wird sich demnächst mit dem Kompetenzkonflikt befassen.

Zur Agitation für das „Hamburger Echo“ verbreiteten die Parteigenossen in Hamburg, Altona und Wandsbek 250 000 Stück Flugblätter. Die Hamburger Genossen haben durch rege Agitation schon erheblich zur Erweiterung des Leserkreises ihres Parteiblattes beigetragen.

Politisches, Gerichtliches usw.

— **Wegen Beleidigung eines Elbinger Lehrers** wurde am Sonnabend, den 22. d. M., von der Königsberger Strafkammer der Redakteur Genosse Gustav Koble zu 40 M. Geldstrafe verurteilt. In der „Volkstribüne“ vom 15. Januar d. J. die Koble verantwortlich gezeichnet hatte, war dem Lehrer Mißhandlung einer Schülerin zum Vorwurf gemacht. Die angeführten Thatfachen erwiesen sich zum wesentlichen Teil als falsch. Die Verurteilung ist leichtfertiger Verichterstattung zu danken.

— **Aus Anlaß der diesjährigen Meißner Versammlungen** in Stötteritz ist jetzt vom Amtsgericht Leipzig ein Strafbefehl in Höhe von 15 M. gegen den Euberser jener Versammlungen, den Genossen Wölkel in Stötteritz, erlassen worden. Wölkel hatte in seiner schriftlichen, an die Stötteritzer Ortsbehörde gerichteten Versammlungsammenlegung übersehen, das Lokal der Versammlungen mit anzugeben. Vom Gemeindevorstand später auf diesen Mangel aufmerksam gemacht, ergänzte der Anmeldeur seine Angaben, worauf ihm die Anmeldebefreiung mit der Nennung des Versammlungsortes

ausgehändigt wurde. Jetzt stehen Wochen später kommt nun trotzdem ein Strafmandat, das gewiss lebhaftes Kopfschütteln hervorrufen wird. Auf den einzulegenden Einspruch wird das Gericht noch über die Rechtmäßigkeit des Strafbefehls zu entscheiden haben.

Zu 100 M. Geldstrafe wurde der verantwortliche Redacteur der „Münchener Post“, Genosse Schmid, verurteilt. Er ist der Verleumdung eines Arztes durch Artikel seines ärztlichen Verhaltens schuldig befunden worden. Die fragliche Notiz war einer Lokalcorrespondenz entnommen worden und Schmid hätte eine Verichtigung des beleidigten Arztes sofort vollständig veröffentlicht. Trotzdem wurde er verklagt und trotzdem die Zeugnisaussagen die Behauptungen der Notiz durchaus nicht als vollständig unrichtig erscheinen ließen, erfolgte die Verurteilung.

7. ordentliche Generalversammlung des Unterfügungsvereins für alle in der Hut- und Filzwaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Ludenwalde, den 22. Juni.

Sitzung am Freitag und Sonnabend.

Veratungsgesamt: Statutenänderung. — In der Frauenarbeiterkassen wird das Sterbegeld nach 24., 60., 120. und 180 monatlicher Mitgliedschaft auf 100, 110, 120 und 140 M. festgesetzt. — Der Sitz des Vereins und des Ausschusses bleibt in Altenburg. — Die Beschwerdekommision wird von Liegnitz nach Dresden verlegt. — An Diäten erhalten die Delegierten 9 M. pro Arbeitstag und 6 M. für den Sonntag. — Das Gehalt des Vereinssekretärs wird von 30 auf 36 M. pro Woche erhöht und demselben abjährlich 14 Tage Ferien bewilligt. — Die Entschädigung der übrigen Vorstandsmitglieder beträgt wie bisher pro Jahr 525 M. — Der Kassierer erhält 1/4 Proz. der eingesandten Ueberschüsse. — Der bisherige Präsident G. v. d. G. und Sekretär W. v. d. G. werden zur Wahl, die durch Urabstimmung erfolgt, wieder in Vorschlag gebracht. — Als Hauptkassierer wird W. v. d. G. wiedergewählt. — In Zukunft vollziehen die Delegierten diese Wahlen. — Der Generalkommission bleibt der Centralverein fernertun angeschlossen. — Die Beschlüsse des internationalen Gutarbeiter-Kongresses 1900 in Paris erkennt die Generalversammlung in allgemeinen an, besonders auch den Beschluß, daß jeder centralorganisierte Berufsgenosse seine Beiträge an die Landesorganisation entrichtet, wo er arbeitet. — Die Mitglieder des Centralvereins in der Schweiz zum Eintritt in den schweizerischen Gutarbeiterverein zu veranlassen, wird so lange abgelehnt, bis derselbe die Unterstützung Ausständiger, Gemahregelter zc. statutarisch einführt und sich dem schweizerischen Gewerkschaftsbund anschließt, ohne dessen Hilfe die nur 200 Mitglieder zählende schweizerische Organisation aktionsunfähig ist.

Die Mitglieder in Dänemark sollen dem dänischen Landesverband beitreten, können aber Mitglied des Centralvereins und seiner Kassen bleiben. Ihr Beitrag an den Centralverein wird entsprechend dem Beitrag an den dänischen Verband herabgesetzt. — Den Arbeitsnachweis in Dänemark für dieses Land und Deutschland führen Deutsche und Dänen gemeinsam. — Die Mitglieder in Schweden und Dänemark bleiben im Centralverein, bis sich die Gutarbeiter dieser Länder resp. Scandinaviens centralorganisiert haben.

Dem böhmischen Gutarbeiterverein, der aus dem österreichischen Verbände ausgeschieden ist und auch nicht wieder beitreten will, wird die Anerkennung bis zum Wiedereintritt in den österreichischen Verband versagt. — Die Beschlüsse des nächsten internationalen Gutarbeiter-Kongresses, der österreichischen Verbandstage und des deutschen Gewerkschaftskongresses wird dem Vereinsvorstand überlassen. — Der Punkt „Zeit- oder Stücklohn“ rief eine sehr umfangreiche Debatte hervor. — Angenommen wurde folgende Resolution: „Als nächstliegendes Ziel unseres Vereins ist die Verkürzung der Arbeitszeit anzustreben. Hat eine Regelung der Arbeitszeit platzgegriffen, wird die Frage des für die Arbeiter nächstbesten Lohnsystems ihre Lösung finden, wenn die Organisation die Macht besitzt, die Ausbeutung der Arbeiter beschränken zu können. Dessenungeachtet kann, wo die Möglichkeit besteht, den Zeitlohn einzuführen, diese Forderung gestellt werden.“ Die beantragte Erhebung eines obligatorischen Vertrags von 5 Pf. pro Woche zur Bestreitung der Agitationskosten und zur Unterstützung anderer Gewerkschaften bei Streiks zc. wurde abgelehnt, dagegen aber beschloffen:

Jede Mitgliedschaft, in deren Rahm sich Nichtmitglieder in größerer Anzahl befinden, hat alljährlich zu passender Zeit mindestens einmal eine irgendwie geartete Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder zu entfalten. In Mitgliedschaften, die trotz Aufforderung des Vereinsvorstands dieser Anweisung nicht nachkommen, kann der Vereinsvorstand selbst ihm geeignet erscheinende Maßnahmen zur Ausbreitung des Vereins in diesen Orten treffen. Zur Agitation für den Verein in den Centren der Hut- und Filzwaren-Industrie kann der Vereinsvorstand alljährlich je bis 800 M. Zuschüsse leisten. Die Zuschüsse können zwecks Entfaltung einer steten Agitation teilweise zur Unterstützung agitatorisch thätiger Kollegen oder auch zur Unterstützung anderer für uns agitatorisch thätiger Personen gegeben werden. Eventuell ist mit anderen direkt interessierten Gewerkschaften resp. mit der Generalkommission ein Abkommen dahin zu treffen, in den fraglichen Orten unabhängige Agitatoren einzusetzen.“

Dem Vereinsvorstande wurden abjährlich 1000 M. für gewerkschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellt. — Zur Abhaltung einer Landeskonferenz der Hollarbeiter zwecks Verständigung über die Durchführung eines Minimal-Lohns werden 150 M. bewilligt und allen Mitgliedern die Unterstützung dieser Bestrebungen zur Pflicht gemacht. — Das abgeänderte Statut tritt am 1. Oktober in Kraft. — Nach Erledigung diverser Gesuche und Beschwerden schloß der Vorsitzende die Generalversammlung nach einem kurzen Resumé der Verhandlungen und Beschlüsse mit einem Hoch auf den Verein, in das die Delegierten begeistert einstimmten.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Wächung, Typen! Es ist in letzter Zeit öfter vorgekommen, daß einzelne Arbeitgeber den Tarif in irgend einer Weise zu umgehen versuchen. Ebenfalls werden die Zummungen: Kachelung ohne Entgelt abzuladen oder in die Etagen zu tragen, immer häufiger. Leider muß konstatiert werden, daß auch organisierte Kollegen derartigen Zummungen nicht genügend Widerstand entgegenzusetzen. Kollegen, wir ersuchen Euch, an dem anerkannten Tarif festzuhalten und jede auf eine Mäßigung desselben hingelende Zummung strikte zurückzuweisen, und vor allem derartige Fälle sofort zu melden. Es hat sich bedauerlicherweise in unserem Beruf eine Aenderung infolgedessen eingestellt, daß das System der Zwischenmeister, wie wir es vor 5—10 Jahren entziehen haben, und das dann durch den Ring der Kachelfabrikanten etwas unterdrückt wurde, wieder in vollem Schwunge ist. Kachellieferanten, Kaufleute oder sonstige Geldmänner übernehmen Bauten und suchen dann einen Strohmännchen, der für möglichst billige Arbeitslöhne die Arbeit auszuführen bereit ist. Auch die letzteren möchten gern ein Herrenleben führen, und in dem System liegt nicht nur die Gefahr der Tarifminderungen; oftmals müssen wir gewärtig sein, nicht einmal den verdienten Lohn zu erhalten. Auch in solchen Fällen ersuchen wir Euch, korrekt vorzugehen, und sofort die Arbeit zu verweigern, wo nicht der volle verdiente Lohn ausgezahlt wird. — Kollegen! Es ist notwendig, daß alle Fälle von Tarifverletzungen sofort gemeldet werden. Wir verweisen auf Versammlungsbeschlüsse, die belegen, daß auf jedem Bau ein Vertrauensmann zu ernennen ist; kommt diesem Beschluß nach, um ein Bindeglied zwischen Euch und dem Vorstand resp. der Lohnkommission zu haben. Thut Eure Pflicht.

Der Vorstand der Filiale Berlin des Centralverbands der Typen.

In der Siederet von Arns u. Co., Stallschreiberstraße, sind Differenzen mit den Formern ausgebrochen. Die Werkstatt ist bis auf weiteres gesperrt.

Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbands.

Der Centralverein der Bureau-Angestellten (Zweigverein Berlin) hat, Zeitungsmedungen zufolge, namens der Schreiber an die hiesigen Rechtsanwälte und Notare ein längeres Schreiben gerichtet, welches anlässlich der Gerichtsferien folgende näher begründete Forderungen enthält: 1. Gewährung eines Ferienurlaubes, a) für die Bureauvorsteher von mindestens drei Wochen, b) für die übrigen Angestellten, ohne Rücksicht auf die Dauer ihrer Anstellung, mindestens von vierzehn Tagen. 2. Schließung des Bureaus an Sonnabendsnachmittagen. 3. Festsetzung folgender Arbeitszeit während der Gerichtsferien: Donnerstags von 9—12 Uhr, nachmittags von 3—6 Uhr, pünktliches Schließen der Bureaus um 6 Uhr.

Keine Mitteilungen. Die Zahlstelle Weihensee des Holzarbeiter-Verbands setzte eine Kommission ein, welche eine Statistik über die Verhältnisse der Heimarbeiter im Beruf veranlassen soll. — Die Rabitzpüher wählten Brier als Delegierten zur Gewerkschaftskommission und Hellwig als dessen Stellvertreter.

Deutsches Reich.

Die Rache des Fabrikanten. Ein streikender Glasarbeiter, der anderweitig in Arbeit getreten war, hat folgendes Abgangszeugnis von der Firma H. Hege Glasfabrik erhalten:

Der J. B.

war vom 1. April 1888 bis 20. Februar 1901 bei mir als Glasarbeiter beschäftigt. Derselbe war Mitglied der Betriebs-Krankenkasse der Firma H. Hege Glasfabrik.

Er hat sich während der Zeit gut betragen, er gab seine Arbeit auf, um sich den streikenden, welche am 28./2. in den Ausstand traten, anzuschließen.

Rienburg (Wefer), den 18. Juni 1901.

H. Hege Glasfabrik
H. Hege.

Auf dieses Zeugnis hin dürfte der betreffende Arbeiter wohl nirgendwo mehr Beschäftigung finden und der Zweck der Kennzeichnung ist damit erreicht.

Der Grimmitzhauser Spinner- und Fabrikantenverein beabsichtigt, durch einen Nachtrag zur Arbeitsordnung die Vergünstigung, welche der § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches dem Arbeiter gewährt, auszuschließen. Der Nachtrag soll am 8. Juli in Kraft treten. Eine stark besuchte Gewerkschaftsversammlung, die am Dienstag voriger Woche stattfand, beschloß einstimmig, die Schwärzung des Rechts der Arbeiter zurückzuweisen, zu welchem Zwecke die Arbeiter jeder Fabrik selbstständig vorgehen sollen. Das ist auch am Mittwoch in fast jeder Fabrik dadurch geschehen, daß sich die Arbeiter schriftlich gegen den Nachtrag erklärten. Das Ergebnis dieses einmütigen Vorgehens ist bis jetzt noch nicht bekannt geworden.

Zur Ausperrung der Wiesbadener Zimmerer. Die Situation ist für die Ausgesperrten günstig. Nahezu ein Viertel der Letzteren stehen bereits wieder in Arbeit bei Meistern, welche die Forderungen bewilligt haben. Mehr als ein Viertel der Ausgesperrten sind abgereist. Erneute Verhandlungen der Parteien über die Arbeitsordnung, welche den Anlaß zur Ausperrung gegeben hat, stehen in Aussicht.

In Staffort haben in letzter Zeit mehrere Gewerkschaften Streiks durchgeföhrt, die jetzt beendet sind. Nachdem die Ausstände der Dachdecker und Zimmerer mit einem kleinen Erfolg der Arbeiter geendet haben, hat nunmehr auch der Streik der Maler zu demselben Resultat geföhrt. Sie haben eine Lohnerhöhung von 5 Proz. erreicht. Der Streik der Maurer ist jetzt auch durch einen Vergleich beendet worden, dessen wesentlichste Punkte sind: Für vollwertige Maurer ein Mindestlohn von 42 1/2 Pf. pro Stunde, für nicht vollwertige Maurer Lohn nach Uebereinkunft, in Streitfällen soll die bei jedem Meister bestehende Lohnkommission über die Nothwendigkeit entscheiden; für Gesellen im ersten Gesellenjahr 30 Pf., für solche im zweiten Jahr 35 Pf., für solche im dritten Jahr 40 Pf. pro Stundenlohn. Maßregelungen finden nicht statt; die abgereisten streikenden Maurer werden eingestellt, wenn sie binnen 14 Tagen zurückkehren. Die Abmachungen gelten bis 20. Juni 1902, jedoch soll am 20. April 1902 über Aufhebung oder Verlängerung dieses Vertrags verhandelt werden.

„So weit hast Du es gebracht, Streikbrecher bist Du geworden.“ Diese Worte hatte ein Fabrikarbeiter in Gräfenroda während eines Ausstands einem Streikbrecher, mit dem er vordem gut befreundet war, entgegengesprochen. In diesem freundschaftlichen Vorhalt hat das Schöffengericht zu Gräfenroda eine so schwere Verleumdung erblüht, daß es den Arbeiter, der die Worte gebraucht, zu einer Geldstrafe von 21 M. resp. 7 Tagen Gefängnis verurteilte. Auch zwei andre Porzellanarbeiter, die in der großen Ausperrung den Streikbrechern zu nahe getreten sein sollen, wurden zu je 21 M. Geldstrafe oder 7 Tagen Haft verurteilt. In vierter wurde gar zu 8 Wochen und 8 Tagen Gefängnis verurteilt, weil er einen Streikbrecher angestochen und beschimpft haben soll. Er bestreitet das auf das Entschiedenste und benannte zwei Zeugen für die Richtigkeit seiner Darstellung. Sie wurden jedoch als der Witschuld verdächtig nicht vereidigt.

Da sage noch einer, daß die Arbeitwilligen eines besonderen gesetzlichen Schutzes bedürfen.

Das Arbeitersekretariat Altenburg konstatiert in seinem kürzlich erschienenen Jahresbericht für 1900, daß das Institut seitens der Arbeiterkassen lebhafter als im vorhergehenden Jahre in Anspruch genommen worden ist. An 2978 Personen (im Vorjahr 2050) wurde mündliche Auskunft erteilt, während 152 Briefe an auswärtig wohnende Auskunftsücher gingen. Die Anfragen bezogen sich auf Angelegenheiten des gewerblichen Arbeitsverhältnisses, der Arbeiterversicherung zc., aber auch die Verhältnisse der Diensthöten waren in verhältnismäßig großer Zahl — 110 — Gegenstand der Auskunftserteilung. Hierüber bringt der Bericht folgende bemerkenswerte Ausführungen:

Der übergroße Teil dieser Auskunftsüchenden war vom Lande, während nur ein kleiner Teil aus der Stadt war. Die Differenzen zwischen Dienstherrschaft und Gesinde auf dem Lande scheinen immer häufiger zu werden. Nach der Ursache forschend, sind wir zu dem Ergebnis gekommen, daß einestheils die oft recht rohe Behandlung, schlechte Nahrung und die ganz besonders während der Erntezeit über alle Begriffe gehenden Anforderungen an die Arbeitsleistung der Diensthöten durch Dienstherrschaften und andrerseits aber auch das erkeulicherweise immer größere und bessere Fortschritte machende Erwachen zum Klassenbewußtsein der Diensthöten, des Gefindes, die Schuld haben. Die Thatfache, daß wir stets nach eingebrachter Kunde von dem ländlichen Gesinde am meisten in Anspruch genommen wurden, ließ in uns die Vermutung aufkommen, daß man von selten mancher Bauern bestrebt ist, das Gesinde nach geföhnter größter und schwerster Arbeit aus dem Dienste hinauszuweilen, es durch allerhand Schikanen, ja selbst Schlägen zum Kontraktbruch zu verleiten, um auf diese Weise noch einen Teil des so überaus sauer und schwer verdienten Erntelohns einbehalten zu können. Mehrfach war dann auch Bestrafung wegen Kontraktbruchs das Ende vom Liede.“

Das Sekretariat hat auch über den Stand der gewerkschaftlichen Organisationen in Altenburg Erhebungen veranstaltet. Der Bericht kommt nach Angabe der diesbezüglichen Einzelheiten zu folgenden Schlusssatzungen:

Trotz geschäftlichen Rückganges, der sich auch in Altenburg und zwar ganz besonders in einigen Industriezweigen recht fühlbar geltend machte, ist die Mitgliederzahl im allgemeinen nicht nur nicht zurückgegangen, sondern hat sich vielmehr noch um ca. 200 erhöht, so daß dieselbe 3128 gegen 2864 im Vorjahre beträgt. Es dürften somit nach ungefährender Schätzung reichlich 50 Proz. der gewerblichen Arbeiterschaft Altenburgs in den Gewerkschaften organisiert sein.“

Ueber die Leistungen der Altenburger Gewerkschaften sagt der Bericht:

„Außer den von den Hauptklassen der Gewerkschaften gezahlten hohen Unterstühtungen bei Arbeitslosigkeit, Reise- und Umzugsunterstühtungen, Rechtschutz usw. haben die Altenburger Zahlstellen noch rund 12 000 M. für Unterstühtungen ausgegeben.“

Sociales.

Schulstatistische Erhebungen über den Stand und die Entwicklung des gesamten niederen und mittleren Schulwesens im Königreich Preußen werden, wie bereits in den Jahren 1898, 1899 und 1896 geschehen, in diesem Jahre und zwar am 27. Juni vorgenommen werden. Mit der oberen Leitung der Erhebung, welche gleichzeitig in allen Orten vorgenommen wird, sowie deren Bearbeitung ist das königliche statistische Bureau beauftragt, welchem die Zahlpapiere spätestens bis zum 15. September d. J. einzusenden sind. Vorher haben die königlichen Regierungen eine Prüfung der Zahlpapiere vorzunehmen, besonders daraufhin, daß die Angaben über die öffentlichen Volksschulen hinsichtlich des Dienstverhältnisses der Lehrer genau nach Maßgabe der einschlägigen Bestimmungen des Lehrerbeförderungsgesetzes vom 8. März 1897 ermittelt sind. Unter die Erhebung fallen neben den allgemeinen öffentlichen Schulen auch die öffentlichen und privaten Realschulen, die öffentlichen und privaten höheren Mädchenschulen, ferner Privatschulen, Blinden-, Taubstummen- und Idiotenanstalten, Anstalten der Fürsorge-Erziehung sowie Waisenhäuser, Rettungshäuser und Seminarbildungsschulen.

Die Schaffung einer Oberschulbehörde wird von einer Kommission der Hamburger Bürgerchaft geföhrt, die zur Prüfung von Senatsträgen auf Erlaß von Gesetzen über das Unterrichtswesen niedergesetzt worden war. Die Behörde soll aus drei Mitgliedern des Senats und zehn von der Bürgerchaft auf je 6 Jahre gewählten Mitgliedern bestehen.

Der Ehrengerichtshof für Aerzte hat, wie aus Leipzig telegraphiert wird, die während des Leipziger Krankenassistentenstreiks aus Berlin zugezogenen Kassenärzte, welche vom Central des Bezirksvereins Leipzig-Stadt mit schweren Disziplinarstrafen belegt worden waren, von der Anklage, die Ständebefehle verletzt zu haben, einstimmig freigesprochen.

Rußlands

Rückzug aus der Mandschurei?

Der Korrespondent der „Times“ meldet aus Peking, Herr v. Giers, der russische Gesandte, hat an die chinesischen Bevollmächtigten eine Erklärung abgegeben, daß Rußland sofort, wenn das Abkommen über die Entschädigungsansprüche von China unterzeichnet sei, Verhandlungen mit ihnen zu pflegen wünsche über die Bedingungen, unter denen Rußland aus der Mandschurei sich wieder zurückziehen würde.

Die Bedingungen werden jedenfalls so sein, daß Rußland dabei nicht zu kurz kommt.

Marmnachrichten.

Das „Bureau Reuter“ berichtet aus Tientsin: Die unter dem Namen „Vereinigung der Landleute“ bekannte Bewegung gewinnt an Ausdehnung. Es handelt sich dabei um ausgesprochen fremdenfeindliche Bestrebungen, um Vortextum unter einem andern Namen.

Sociale Rechtspflege.

Der Besitzer eines „Bureaus für telegraphische Neuverträge“, Herr Rosenhain, hatte dem Radfahrer Staabmann, der für ihn Telegramme ausführte, 5 M. vom Lohn einbehalten. St. verklagte ihn beim Gewerbegericht und beanspruchte die Auszahlung des Lohnes. Der Beklagte machte zur Rechtfertigung seines Verhaltens geltend, der Kläger habe die Abnehmer seiner Remittenten schlecht bedient, sei beim Ausfahren der Telegramme willkürlich verfahren, so daß verschiedene Kunden abgesprungen wären und er geschädigt sei. Durch Zurückhaltung der 5 M., die er lieber den Armen gäbe, wolle er den Kläger bestrafen. — Der Gerichtshof veranlaßte Herrn Rosenhain, St. die 5 M. zu zahlen und der Vorstehende Gewerbegericht Dr. Meier führte dann aus, daß Beklagter dem Kläger die 5 M. Lohn weder als Strafe vorenthalten, noch sich daran schuldig halten könne. Wolle er einen Schadenersatz-Anspruch erheben, dann müßte er das in einer besonderen Klage thun.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Erfurt, 24. Juni. (W. Z. V.) Heute abend kurz nach 6 Uhr brach während der Verhandlung des Schwurgerichts im Saale des hiesigen Landgerichtsgebäudes Feuer aus und zwar dadurch, daß der Kasten beim Anzünden der Randselaber einer Draperie zu nahe kam. In kurzem stand die Holzdecke in Flammen. Der Saal ist völlig ausgebrannt. Weiterer Schaden ist nicht angedeutet.

Dortmund, 24. Juni. (W. Z. V.) Durch eine Explosion schlagender Wetter verbrannten auf der Zeche „Centrum“ vier Bergleute; einer von ihnen ist tot.

Wien, 24. Juni. (W. Z. V.) Dem Welsple der Abtrigen Großmächte folgend hat auch die österreichisch-ungarische Regierung die Verminderung der Seekriegsflotte in Ostasien angeordnet. Die Schiffe „Kaiserin Elisabeth“ und „Jesta“ treten demnach die Heimreise an, das Detachement in Peking wurde auf 100 Mann vermindert. Die Schiffe „Maria Theresia“ und „Aspern“ verbleiben bis auf weiteres in den chinesischen Gewässern.

Wien, 24. Juni. (W. Z. V.) In einer Besprechung der in Berlin abgehaltenen Rechtsschreibungs-Konferenz stellt die „Wiener Abendpost“ fest, daß die von Seiten Oesterreichs geltend gemachten Wünsche volle Würdigung fanden. Die gemeinsam gefassten Beschlüsse, schreibt das Blatt, stehen mit den Forderungen der Wiener Enquete in wünschenswerthem Einklange. Schon jetzt kann als sicher angenommen werden, daß die Einheitslichkeit der deutschen Rechtschreibung in der Schule zur Thatfache wird und daß auch die wissenschaftliche und die Tagelitteratur sowie die Behörden die Schreibweise der Schule nicht weiter unbeachtet lassen werden.“

Haag, 24. Juni. (W. Z. V.) Infolge des Ausfalls der Neuwahlen unterbreitete das Ministerium der Königin den Vorschlag, die erste Kammer aufzulösen und Neuwahlen auszusprechen.

London, 24. Juni. (W. Z. V.) (Unterhaus.) Bei der fortgesetzten Debatte über das Finanzgesetz wird der auf den Zuckerzoll bezügliche Paragraph mit 240 gegen 159 Stimmen angenommen. Schwanzler Filds Beach erklärte im Laufe der Verhandlung, der neue Zuckerzoll sei keine Kriegsaufgabe, sondern zur Deckung des allgemeinen Finanzbedürfnisses des Landes bestimmt. Es seien ihm weder amtliche noch sonstige Einwendungen vom Auslande zugegangen gegen das Zugeständnis, das den englischen Massinerien gewährt wird, um sie auf gleichem Fuß mit den ausländischen Massinerien zu stellen.

New York, 24. Juni. (W. Z. V.) Einem Telegramm aus Roanoke in Virginia zufolge ist ein vom Westen kommender Veronesung, der gestern abend gegen 12 Uhr fällig war, infolge des Dammbrochs bei Pocahontas erst heute früh um 5 Uhr dort eingetroffen. Einige Reisende, die mit dem Zuge angekommen sind, glauben, daß die Zahl der beim Dammbroch Ertrunkenen nicht 100 übersteigt.

Port Said, 24. Juni. (Meldung des Reuterischen Bureaus.) Gestern ist hier ein Vesifall amtlich festgesetzt worden.

Manila, 24. Juni. (Meldung des Reuterischen Bureaus.) Der Führer der aufständischen Philippinos General Calles hat sich mit seinem Stabe und 650 Mann heute dem General Sumner ergeben.

Lokales.

Von der Wohnungsnot.

Die Berliner Hausbesitzer sprechen, wenn sie sich in ihren Vereinen mit der Wohnungsnot beschäftigen, nur von einer „so genannten Wohnungsnot“ und wollen nichts davon hören, daß von Gemeindevorgen etwas dagegen geschehen solle. Inzwischen wird in Berlin der Mangel an Wohnungen, namentlich an kleinen, immer drückender für die Bevölkerung. Soeben wird das Ergebnis der statistischen Aufnahme veröffentlicht, die am 1. Januar dieses Jahres vom städtischen Statistischen Amt mit Hilfe der städtischen Steuerverwaltung über die leer stehenden Wohnungen und Geschäftslokale veranstaltet worden ist. Die Zahlen, die da mitgeteilt werden, sprechen eine beredte Sprache. Den Hausagariern Berlins wird das Herz im Leibe lachen, wenn sie durch das amtliche Material in aller Form befähigt sehen, was sie im Stillen aus eigener Erfahrung längst wußten, daß nämlich im Jahre 1900 das Wohnungsangebot noch weiter zurückgegangen ist und damit für sie die Möglichkeit weiterer Mietssteigerungen gegeben ist.

In ganz Berlin fanden zu Anfang des Jahres 1901 (Bezirk der Jahre 1900 und 1899) leer: 1701 (3230, 8449) Wohnungen ohne Gewerberäume, darunter 140 (241, 351) wegen Neubau; 340 (528, 686) Wohnungen mit Gewerberäumen, darunter 31 (68, 89) wegen Neubau; 3079 (3291, 3121) Geschäftslokale ohne Wohnungen, darunter 228 (376, 224) wegen Neubau. Für die Geschäftslokale ohne Wohnungen sind also in den letzten Jahren die Verhältnisse unverändert geblieben. Bei den Wohnungen mit Gewerberäumen ist die Zahl der leer stehenden in zwei Jahren auf die Hälfte zurückgegangen, aber die Verminderung an sich war auch hier nicht sehr groß. Dagegen haben sich die leer stehenden Wohnungen ohne Gewerberäume in einer Weise verringert, die geradezu beispiellos ist. Anfang 1901 fanden von diesen Wohnungen nur noch etwas über halb so viel leer wie im Vorjahr und nur noch der fünfte Teil der vor zwei Jahren ermittelten Zahl. Aber eine Wohnungsnot giebt es immer noch nicht in Berlin!

Die Wohnungen ohne Gewerberäume beanspruchen naturgemäß ein besonderes Interesse. Der Mangel an solchen Wohnungen ist namentlich in den Arbeitervierteln ganz außerordentlich groß geworden. Am 1. Januar 1899, 1900, 1901 waren leere Wohnungen dieser Art vorhanden: im östlichen Teil der Tempelhofer Vorstadt 349, 192, 63, im westlichen Teil der Luisenstadt jenseits des Kanals 258, 100, 46, im östlichen Teil 317, 68, 25, im westlichen Teil des Stralauer Viertels 600, 218, 80, im östlichen Teil 1102, 584, 57, im Spandauer Viertel 452, 173, 85, im Königs- viertel 727, 294, 99, in der Kolonnenstadt Vorstadt 1210, 262, 129, in der Oranienburger Vorstadt 496, 139, 56, auf dem Wedding 774, 184, 107, im westlichen Teil Moabit 157, 132, 63. Dagegen ist in den teureren Stadtvierteln, namentlich im Potsdamer Viertel und in den angrenzenden Teilen der Tempelhofer Vorstadt und Moabit, der Rückgang viel geringer gewesen, so daß hier auch jetzt noch eine verhältnismäßig nicht unbedeutende Zahl von Wohnungen leersteht.

Es sind ja auch in erster Linie die kleinen Wohnungen, bei denen in den letzten Jahren das Angebot mehr und mehr zurückgegangen ist. Am 1. Januar 1899, 1900, 1901 standen leer: von den Wohnungen ohne Zimmer (also nur aus Küche bestehend) 40, 30, 7, von denen mit 1 Zimmer 4923, 1172, 519, mit 2 Zimmern 1908, 562, 288, mit 3 Zimmern 729, 350, 162, mit 4—5 Zimmern 828, 609, 361, mit 6—7 Zimmern 371, 206, 243, mit 8 oder mehr Zimmern 177, 163, 207. (Bei 80, 63, 4 leer stehenden fehlte die Angabe der Zimmerzahl.) Bei den Wohnungen mit 8 oder mehr Zimmern trat also überhaupt keine Verminderung der leerstehenden, sondern eine Vermehrung ein. Dagegen verminderten sich in zwei Jahren die leerstehenden: bei den Wohnungen mit 7—6 Zimmern auf rund 66 Proz., der vor zwei Jahren ermittelten Zahl, bei denen mit 5—4 Zimmern auf 44 Proz., mit 3 Zimmern auf 22 Proz., mit 2 Zimmern auf 15 Proz., mit 1 Zimmer auf 12 Proz., bei den bloßen Küchen auf 18 Proz. Man beachte besonders die starke Verminderung des Angebots bei den Wohnungen mit 1 und 2 Zimmern!

Den vielen kleinen Mietern, die in solchen Zeiten der Wohnungs- knappheit dem Hausagariertum auf Gnade und Ungnade überliefert sind, muß sich die bange Frage auf die Lippen drängen: Wie soll das enden? Die Beschlüsse, die die städtischen Behörden bisher zur Linderung der Wohnungsnot gefaßt haben, dürften, wenn sie einmal zur Ausführung kommen, den Wohnungsmarkt schwerlich in sehr fühlbarer Weise beeinflussen. Der Berliner Kreisling hat die Macht, die er in der Kommunalverwaltung leider besitzt, dazu gebraucht, zu verhindern, daß etwas Ernsthaftes geschieht. Es darf ja in das freie Spiel der Kräfte nicht zu sehr eingegriffen, der Wohnungsmieter nicht zu stark eingeschränkt, den Hausagariern nicht zu wehe getan werden!

Die Stadt Berlin und der Wohnungsnotstand. Aus dem Rathaus wird berichtet: Der Stadtverordneten-Ausschuß zur Vorbereitung der Anträge Singer und Weniger über die herrschende Wohnungsnot und die auf dem Gebiet des Wohnungswesens bestehenden Mißstände hat seine Beratungen bis auf folgenden Antrag erledigt: Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat um eine Vorlage, durch die die Grundsteuer-Ordnung vom 2. Januar 1897 aufgehoben und an deren Stelle eine Besteuerung der bebauten und unbebauten Grundstücke nach dem gemeinen Wert eingeführt wird. Der Ausschuß hat sich deshalb bis auf weiteres vertagt und wird Anfang oder Mitte September seine voranschreitendste Sitzung abhalten. Die unabhängig von diesem Ausschuß neu gebildete Kommission zur Beratung der Wohnungsfrage besteht aus sieben Magistratsmitgliedern unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Rischner. Der Kommission gehört auch der Stadtrat Heller an. Zunächst wird sich diese Kommission mit den Eingaben und Anträgen von gemeinnützigen Bau-Gesellschaften zur Bewohnung von hygienischen Arbeiter- und Arbeiterinnen-Gemeindebauten zur Errichtung kleiner und billiger Wohnungen usw. befassen. Referent ist der Stadtrat Hübner. Diese Kommission wird noch vor den Ferien zusammenzutreten.

Der Stadtverordneten-Versammlung ist gestern eine Magistratsvorlage über den Ankauf von 2284 Quadratmeter Terrain an der sogenannten Judenwiese zum Preise von 500 M. für die Quadratrate oder in Summa von 1.141.888 M. zugegangen. Das ausgegebene Terrain liegt an der Verlängerung der Straße Siegmundshof, an der neuen Wollenswerfstraße und der Spree. Es soll zu Anlage- und Ladezwecken dienen, weshalb es vor einiger Zeit der Bebauung entzogen worden ist. Die Nikolai- und Marienkirchen-Gemeinden besitzen Vorlaufrechte, die aber voraussichtlich nicht ausgeübt werden. Die durch die Auffüllung der Judenwiese indirekt entstandenen Nebensände in der Straße Siegmundshof werden mit dem Ankauf des Geländes durch die Stadt erheblich vermindert und schließlich ganz verschwinden.

An wahlfähigen Personen hat Berlin im letzten Etatsjahre einen Zuwachs von 16.298 erfahren. Dem Wahlbureau des Magistrats gingen an Meldungen zu- und Fortgezogene bzw. Verstorbene von den Revieren insgesamt 1706.728 zu, abzüglich der weiblichen und noch nicht wahlberechtigten Personen waren davon 516.269 Meldungen auf die Personenblätter der wahlberechtigten Bürger zu übertragen; für Junge und im Laufe des Jahres wahlfähig gewordene Personen mußten 88.200 neue Karten angefertigt werden, dagegen für verstorbene oder fortgezogene Wähler 86.904 Karten löscher werden. Anzeigen über Unterstellungen (40.700), Verfassungen (3975), Konkurse etc. wurden 45.806 auf die Personenblätter übertragen.

Gegen die Wahl der Stadtverordneten der zweiten Abteilung, Stadtrat a. D. Kämpf (2. Wahlbezirk) und Bezirksvorsteher Daber (9. Wahlbezirk), deren Wahlperiode bis Ende 1905 läuft, ist ein Einspruch nicht erhoben worden. Der Magistrat hat daher der Stadtverordneten-Versammlung die Listen zwecks Prüfung überreicht und dieselbe ersucht, event. die Einführung und Verpflichtung der Gewählten zu bewirken.

Die Gemeindefestlichkeiten sind nach Bekanntmachung des Magistrats wie folgt festgesetzt worden: Sommer-Ferien: 5. Juli (Schluß) bis 13. August (Unterrichts-Beginn), Herbst-Ferien: 29. September bis 8. Oktober, Weihnacht-Ferien 21. Dezember bis 7. Januar 1902.

Das Reichsgericht hat die Klage der Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse gegen die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft auf Zahlung vermeintlich der Klägerin zustehenden Ratenbeiträge nach dreistündiger Beratung zurückgewiesen. Das Reichsgericht stellte sich, soweit dies aus der mündlichen Urteilsverhandlung ersichtlich war, auf den Standpunkt, daß die Verwaltungsbehörden und nicht das ordentliche Gericht zur Entscheidung berufen sei. Sobald die schriftliche Urteilsausfertigung vorliegt, werden wir auf das Ergebnis zurückkommen.

Der Desandant Friedrich Lange aus Nirxdorf, der sich gestern vor der Strafkammer des Landgerichts II verantworten sollte, hat sich der ledigen Gerichtsbarkeit entzogen, indem er sich kurz vor dem Termin in seiner Hülle im Untersuchungsgefängnis erhängte. Lange ist ein Geisteschwärmer von außerordentlicher Energie gewesen, der mit Hilfe seines sicheren Auftretens und seiner ganzen Vertrauen erweckenden Erscheinung es verstanden hat, einen gewissen fesselnden Einfluß auf Frauen auszuüben. Als angeblicher amerikanischer Staatsangehöriger aus Boris kommend, war er am 1. Mai 1900 nach Berlin gekommen und hatte hier zunächst in der Anstraße Wohnung genommen. Infolge einer von einer Heiratvermittlerin ergangenen Annonce trat er mit dieser in Verbindung und wurde mit einer verwitweten Frau Freude bekannt, die im Besitze eines Vermögens von über 100.000 M. war und sich gern wieder verheiraten wollte. Er spielte sich dieser gegenüber als reicher Amerikaner auf, wies ihr einen Schein über 2500 Dollar auf und behauptete, daß er auch eine Hypothek von 60.000 M. besitze. Erst nachdem er alle Zweifel der Frau F. über das wirkliche Vorhandensein seines angeblichen Vermögens durch ängstlich verschleierte Manöver zu beseitigen gewußt hatte, kam es zum Verlöbnis und am 24. November zur Eheschließung. Es wurde ein notarieller Ehevertrag geschlossen, wonach beide Ehegatten ihr Vermögen für sich behalten sollten. Die Ehefrau hatte ihre Papiere im Depot auf der Dresdener Bank, er wußte ihr aber allerlei Versicherungen beizubringen und veranlaßte sie, ihre Gelder von der Bank wegzunehmen und selbst zu Hause aufzubewahren. Zu diesem Zweck wurde ein eiserner Geldschrank angekauft, der zwei abgeordnete, besonders beschließbare Tresore enthielt. Der eine sollte ihre, der andere seine Wertpapiere aufnehmen. Seine Frau ahnte nicht, daß er noch besondere Schlüssel an ihrem Tresor beih. Am 30. Januar entsetzte er sich von Hause und als Frau V. ihrem Tresor aufschloß, entdeckte sie zu ihrem Entsetzen, daß mit ihrem Vermögen ihre gesamten Vermögenssäfte, bestehend aus 4 Hypothekenscheinen in Höhe von 73.850 M., Wertpapieren in Höhe von 25.000 M. und 750 M. bares Geld verschwunden waren. Der brave Ehemann hatte sich das gesamte Vermögen angeeignet und ist schließlich in Dresden verhaftet worden. Er hatte die Wertpapiere bis auf 25.000 M. noch bei sich. Der aufgelegte, aber dessen Persönlichkeit ein mysteriöses Dunkel schwebte, hatte kurz nach seiner Verheiratung noch mit mehreren anderen Damen, die ehelich waren, Verbindung angeknüpft und sich mit einer derselben, die gleichfalls ein nicht unbedeutendes Vermögen besaß, verlobt. Am Sonnabend hatte Rechtsanwalt Dr. Davidsohn, der seine Verteidigung führte, noch eine längere Konferenz mit ihm, in welcher er ihm dringend anriet, sein Gewissen durch ein Geständnis zu erleichtern. Er hatte dies auch zugezogen, als aber seine Sache gestern aufgerufen wurde, kam die Kunde von seinem Selbstmord. Die Strafkammer hatte hiermit ihren Abschluß gefunden.

Die Untersuchung gegen die der Beihilfe an der Bobbeschen Mordaffäre in Mariendorf beschuldigten Witwe Steger hat einen bedeutenden Umfang angenommen, ohne bisher zu einer vollständigen Klärung der Sachlage geführt zu haben. Es wird darüber folgendes berichtet: Bis jetzt sind 76 Zeugen vernommen worden, von denen der größere Teil belastend gegen die Angeklagte ausfällt. Von wesentlicher Bedeutung ist die Frage, ob die St. das Vorhandensein der Fallgrube gekannt hat, was die Witwe entschieden bestritt; sie behauptet, den Raum, in welchem sich die Grube befand, nie betreten zu haben. Demgegenüber ist jedoch durch Zeugen erhärtet, daß die St. sich nicht nur häufiger in dem Nordzimmer befunden hat, sondern sogar noch einen Tag vor der Mordtatopfer den betreffenden Raum säuberte. Wobler hängt die Verhaftung der Witwe, daß sie ihre Einwilligung zur Tötung der Kinder nicht gegeben habe; doch hat Frau Steger, als sie an dem Nordtisch nach Hause kam, recht verdächtige Bemerkungen, die darauf schließen lassen, daß die Kinder ermordet seien, Zeugen gegenüber gemacht. Die Voruntersuchung dürfte in kurzer Zeit beendet sein und die Hauptverhandlung gegen die St. eröffnet werden. Interessant ist übrigens die gelegentlich der Untersuchung zur Sprache gelangte Tatsache, daß Bobbe früher in Rantow eine Wohnung hatte und auch dort gemeldet war. Sobald die dortige Behörde ermittelt hatte, daß B. mit dem Verbrecher aus Moabit identisch war, kündigte ihm die Gendarmrie ihre besondere Aufmerksamkeit und besuchte ihn täglich. Dieser Umstand hatte zur Folge, daß B. die Wohnung in Rantow alsbald aufgab und eine solche auf den Namen der Steger mietete.

Ein Kind aus dem Schnellzuge gestürzt. Ein aufregender Vorgang ereignete sich Sonntagmorgen kurz vor 9 Uhr in dem Schnellzug Berlin-Köln, der hier 7 Uhr 24 Minuten vom Schlesischen Bahnhof abgefahren war. Als der Zug die vor Mathenow gelegene Station Pankow hinter sich hatte, wurde plötzlich die Lokomotive gezogen. Der Zug kam zum Stehen und die Passagiere sahen, wie ein Mann aufgeregt auf dem Trittbrett eines Wagens lief und mit Gebärden des Schreckens auf die Strecke deutete, die der Zug durchfahren war. Es stellte sich heraus, daß ein sechsjähriges Mädchen, das mit seinen aus Frankreich stammenden Eltern in einem Coupé der dritten Klasse saß, aus dem Wagen gefallen war; zum Schrecken der Eltern und der Mitreisenden hatte sich plötzlich im Fahrten die Coupétür geöffnet und das Kind war herausgestürzt. Die Aufregung war um so größer, als die Reisenden mehrfach vergeblich die Lokomotive gezogen hatten und der Zug erst nach vier Minuten zum Stehen gekommen war. Die Eltern des verunglückten Kindes mußten in ihrer Angst die Strecke zu Fuß durchlaufen, da der Zugführer erklärte, daß es ihm in keinem Fall erlaubt sei, den Zug rückwärts zu lenken. Ein Eisenbahnbeamter folgte den Eltern, kehrte jedoch nach kurzer Zeit um und bestieg den Zug wieder, worauf

sich dieser mit halbständiger Verspätung in Bewegung setzte. Erst in Hannover erfuhr die Passagiere, daß die Eltern das Kind etwa dreiviertel Stunden nach dem Absturz aufgefunden haben, zum Glück in einem Zustande, der nicht das Aller schlimmste befreit hat. Außer einem Armbruch hat das Mädchen eine Kopfwunde davongetragen, die aber nicht besonders schwer sein soll. Die Familie wurde dann auf der Strecke von dem D-Juge aufgenommen, der 8 Uhr 40 Minuten von Berlin abgefahren war. Ueber die nähere Veranlassung des Unfalls erfährt man nichts, hoffentlich werden, falls ein Versehen der Eisenbahn-Verwaltung vorliegt, Mittel ergriffen, die die Wiederkehr solcher Schreckensszenen verhüten.

Großstadt-Giend. Im städtischen Obdach befanden sich am 1. Juni er. 109 obdachlose Familien mit 208 Personen und 38 Einzelpersonen. Am 1. Mai war der Bestand 149 Familien mit 436 Personen und 23 Einzelpersonen. — Im Laufe des Monats Mai 1901 wurde das städtische Obdach von 20.758 nächtlich Obdachlosen benutzt und zwar von 25.744 Männern und 4012 Frauen. Von diesen Personen wurden 21 dem Krankenhaus im Friedrichshain, 40 dem Krankenhaus Moabit, 32 der Charité, 1 der Anstalt Herzberge, 1 der Anstalt für Epileptische „Waldgarten“, 26 der Gesellschaft „Krankenstation“ und 484 der Polizei überliefert. — Gebadet haben im Obdach im Monat Mai 14.591 Personen.

Ans dem Droschken-Fuhrgewerbe. Man schreibt uns: Ueber den unansehnlicheren Wettbewerb des sogenannten „Zried-fuhrwerks“ wird unter den Droschkenführern noch immer viel gelaugt. Nicht allein die „Hotelfuhrwerke“, sondern auch andre Fuhrwerke beteiligen sich an diesem Wettbewerb und entziehen dem schwer ringenden Droschken-Fuhrgewerbe nicht unerhebliche Summen. Am meisten fühlbar macht sich dies an den Sonntagen, an denen halb Berlin nach auswärts strömt. Ganz besonders auffällig tritt das Zriedfuhrwerk am Bahnhofs-Weißelstraße in Moabit in Erscheinung. Die Droschkenführer haben schon vielfach den Wunsch laut werden lassen, daß dort ein Halteplatz für Droschken eingerichtet werde, doch ist dieser Wunsch bisher noch nicht erfüllt worden. Daß unter diesen Verhältnissen die Kutsher, deren „Lohn“ ja von den erzielten Einnahmen mit abhängig ist, viel zu leiden haben, liegt auf der Hand.

Der gestrige Drahtbruch bei der „Großen Berliner“ erfolgte an der Ecke der Demerow- und Wilowstraße und verursachte eine empfindliche Verkehrsbehinderung. Das Drahtende fiel auf das Straßenpflaster, glücklicherweise ohne daß Personen verletzt wurden. Dagegen erfuhr der gesamte Straßenbahnbetrieb in den Richtungen Kollendörferplatz, Zoologischer Garten, Schönberg, Steglitz, Grunewald, Patensee und Winterfeldt ein halbständiges Störung. Nachdem Angestellte das abgerissene Drahtende gehoben hatten, konnten die Straßenbahnzüge die Unfallstelle passieren. Die Reparatur dauerte etwa eine Stunde.

Die „Große“ sorgt übrigens bei ihren Unfällen auch für einige Abwechslung. Gestern mittag um 11¼ Uhr warf ein Motorwagen der Linie Moritzplatz-Central-Bahnhof einen Geschäftswagen mit samt dem Pferde durch ein Schaufenster in einen Bierauschank hinein. Ein kleiner, einpänniger Koffenwagen der Postwerke von A. Brandenburger aus der Holzmarktstraße 14 fuhr langsam um die Ecke der Landsberger Straße und des Georgkirch-Platzes. Plötzlich sagte ihn der „Gefährliche“ und warf ihn wie einen Spielball auf die Seite. Der Kutsher fand sich auf dem Pflaster vor der Hausmauer wieder. Neben ihm lag sein Wagen. Das Pferd dagegen war durch die Schaufensterhebe in den Ausschank der Gregorischen Brauerei hineingeflogen. Eine große Blutlache ließ sofort erkennen, daß es schwer verletzt war. Ein Abdecker holte es später weg, um es abzuschleppen. Der Kutsher war glücklicherweise besser davon gekommen. Er hatte sich einige Hautabschürfungen und ungefährliche Schnittwunden an den Händen zugezogen.

Die Feuerwehr als Mädchen für alles. Nicht weniger als vier Wunden schürften sie am Sonntag in den Straßen Berlins häßlich niedergerissen und nahmen die Hilfe der Feuerwehr in Anspruch. Es geschah dieses Grunewaldstraße 12, Peterburgerstraße 38, Gontardstraße 1 und Helmoldplatz 4.

Die Erkrankungen an den Pocken, gegen deren Verbreitung auch die Sanitätskommission schon besondere Maßregeln getroffen hat, sind noch nicht zum Stillstand gekommen. Vom Sonntag werden wieder zwei neue Fälle gemeldet, beide wieder aus dem Norden der Stadt, aber etwas mehr nach dem Osten zu. In der Elisabethstraße erkrankte am Freitag der 5 Jahre alte Sohn Paul der Fabrikarbeiterin Witwe Bluhm, in der Bernauerstraße 114a am Sonnabend der 2 Jahre alte Sohn Hugo des Fabrikarbeiters Müller. Beide wurden Sonntagmorgen, nachdem die Pocken festgestellt worden waren, unter besonderer Vorsichtsmaßregeln mit kochenden Sanitätswagen nach dem Institut für Infektionskrankheiten gebracht. Die Familienangehörigen wurden isoliert. Der kleine Bluhm hat noch zwei Geschwister von 7 und 9 Jahren, Müller vier im Alter von 3 bis 11 Jahren.

Von einem Bähzuge gelötet wurde in der Nacht zum Sonntag auf der Ringbahn an der Landsberger Allee ein Mann, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt ist. Der Unbekannte, von dem man nicht weiß, ob er in selbstmörderischer Absicht oder sonstige auf den Böhndörper gekommen ist, wurde vom Trittbrett der Lokomotive umgerissen und vom ersten Wagen überfahren.

Leichensund. Mit der Möglichkeit eines Verbrechens rechnet man bei einem Leichensund, der gestern morgen um 7 Uhr an der englischen Gasanstalt in der Gütshausstraße im Landwehrkanal gemacht wurde. Der Schiffseigner Seger, der für die Gasanstalt Kohlen fährt und augenblicklich im Kanal ankert, sah die Leiche eines Mannes herantreiben, und barg sie, bis die von ihm gerufene Polizei des 41. Reviers erschien, am Ufer. Der Reviervorstand stellte durch eine gemeinsame Besichtigung fest, daß der Tote, ein Mann gegen Ende der dreißiger Jahre, am Kopfe mehrere Verletzungen hat. Der Unterkiefer ist zertrümmert, der Schädel weist hinten eine mehrere Zentimeter lange, ziemlich tiefe Wunde auf. Das rechte Auge, die Nase und der ganze Schädel sind angeschwollen und blutunterlaufen. Von der Kleidung fehlt der Rock.

Tot aufgefunden wurde in seiner Wohnung vorgestern der Agent Albert Heinrich aus der Wittenwalderstraße 5, der früher für Lebensversicherungen thätig war, zuletzt von seinem Gespann lebte und als Mieter für sich allein wohnte. Es fiel auf, daß der Greis seinen gewohnten Spaziergang nicht mehr machte; man ließ seine Wohnung öffnen und fand ihn nun als Leiche im Bett.

Ein Kindesmord ist am Sonnabendmorgen entdeckt worden. Arbeiter fanden in einem Rohr der Kanalisation am Weidendam die Leiche eines neugeborenen Mädchens, das, nach deutlichen Spuren am Halse, ertränkt und dann in den Kanal geworfen worden ist.

Drei junge Berliner Epibuben sind am Sonnabendvormittag in Dreewitz bei Potsdam dingfest gemacht worden. In dem Wlogischen Restaurant in Dreewitz befand sich am Sonnabendmorgen der Fahrradhändler Naatz aus Rawasow. Ihm fielen drei Burschen im Alter von 15—17 Jahren auf, die bereits eine große Bege gemacht hatten und deren laut geführte Unterhaltung darauf hinwies, daß die jungen Gäste Berliner seien. Als Herr N. bald darauf aufbrach und nach mehreren Stunden an dem H. F. H. Restaurant auf seinem Wege vorüberfuhr, stürzte ihm die Wirtnin händelnd entgegen und erzählte ihm, daß sie — wahrscheinlich von den Berliner Jungen bestohlen worden sei, da die Kommode im Wohnzimmer erbrochen und 500 M. daraus geraubt seien. Sofort begab sich Herr N. in Begleitung mehrerer Männer auf die Suche, und ertraf die Burschen in einem Roggenfelde liegend. Sie wurden als-

bald festgenommen und gestanden auf der Polizei ein, daß sie die erwähnte Summe geraubt hätten. 335 M. wurden auf einem Abort vorgefunden, den Rest hatten die Durschen, bevor sie gefangen genommen wurden, in das Roggenfeld geworfen. Ueber ihre Personalien weiterten sich die drei Landstreicher nähere Angaben zu machen.

Gelegentlich der gestrigen Sanitätsübung in der Internationalen Feuerwehr-Ausstellung waren Mitglieder der Sanitätskolonne genötigt, außerordentlich eine wirklich praktische Vorführung zum Besten zu geben. Ein etwa 16jähriger junger Mann, der den Leberden der freiwilligen Samariter bewohnte, wurde vom Hitzschlag getroffen und brach bestimmungslos zusammen. Mehrere Angehörige der Militär-Sanitätskolonne legten den Erkrankten auf eine Tragbahre und brachten ihn nach einer schattigen, kühlen Stelle des Übungsplatzes, wo er sich unter Anwendung geeigneter Hilfsmittel nach längerer Zeit wieder erholt. Dieser unprogrammierten Vorführung der Kolonne wohnte eine große Menschenmenge bei und die „Lebensretter“ ernteten reiche Anerkennung.

Nut und Verzweiflung haben eine unglückliche Mutter zum Verbrechen der Brandstiftung getrieben; die 30jährige Witwe J. Jauernik, Mutter von drei noch kleinen Kindern, hat Nostoditzerstr. 17 eine kleine Vorderwohnung inne. Sie lebte in den ersten Jahren ihrer Ehe in geordneten Verhältnissen, da ihr Mann als Buchhalter ein auskömmliches Gehalt bezog, bis er im vorigen Jahre geisteskrank und in eine Irrenanstalt übergeführt wurde. Hier starb er vor drei Monaten und ließ seine Familie mittellos zurück. Da Frau Jauernik zu eigenem Erwerb nicht erzogen ist, stellte sie bald die Not ein, so daß die Armenverwaltung mit einer monatlichen Beihilfe von 15 M. eintrug. Diese Summe und der geringe Verdienst, den die Frau durch Nähen von Knopfschürzen erzielt, reichten zur Bestreitung der Miete und des Lebensunterhalts nicht aus, und so mag wohl die Not Anlaß zur Brandstiftung gegeben haben, zumal das Mobilien erst kürzlich versichert worden war. Sonntagnachmittag 1/4 Uhr ging Frau Jauernik mit der auf demselben Korridor wohnenden Familie Schmidt nach der Landenkolonie Ploegensee, wo Schmidt ein Stück Land gepachtet hat. Eine Stunde später wurde die Feuerwehre nach dem angegebenen Hause gerufen, die sich sofort zwei Brandherden gegenüber befand. Es konnte festgestellt werden, daß sowohl in der Wohnstube wie auch in der Küche der J. Feuer angelegt war, das Bett, das Sofa und Küchenschränke zerstört. Da sich der Verdacht sofort auf die Wohnungsinhaberin lenkte, wurde die unglückliche Frau bei ihrer Heimkehr verhaftet.

Die Schuhwarendiebe sehen ihr Treiben noch immer fort. Am Sonntagnachmittag brachen sie bei dem Schuhmachermeister Sielaff in der Norddorferstr. 32 ein, der im Erdgeschosse des an der Ecke der Ebertstraße gelegenen Hauses seine Wohnung mit dem Verkaufstraum hat. Die Eindringlinge erbrachen mit einem Stemmeisen die Thür des am Fluß gelegenen Klosetts, schlugen in die Wand ein Loch von 48 Zentimeter im Durchmesser und gelangten durch dieses in die Räume des Meisters, der mit seiner Familie um 2 Uhr ausgegangen war und um 6 Uhr abends zurückkehrte. Auf demselben Wege, auf dem sie gekommen waren, verließen sie die Wohnung und das Haus mit Frauen- und Kinderschuhen im Werte von 150 M., nachdem sie ihre Beute in Startons gepackt hatten.

Am Straßenzum erhängt hat sich ein unbelannter Mann an der Ecke der Pflüger- und Friedelstraße zu Nixdorf. Am Montag früh fand man seine Leiche, die nach der Halle des alten Nixdorfer Friedhofs gebracht wurde. Der Mann ist etwa 30 bis 35 Jahre alt, 1,70 Meter groß und schlank. Er hat blondes Haar und einen rötlich blonden Schnurrbart mit „Bleige“ und trug einen braunen Cheviotanzug, ein weißes wollenes Hemd, grauwollene Strümpfe und Zugschuhe. Seine silberne Remontoiruhr hat die Nummer 27 230 und auf dem Dedel das Zeichen E. P.; ebenso sind die Strümpfe gezeichnet.

Seinen Verletzungen erlegen ist der 52 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Jahnke vom Luisenpark Nr. 26, der am Donnerstag voriger Woche auf dem Erweiterungsbau des Hauses Oranienstraße 129 beim Wassertragen von einer Leiter stürzte und sich schwere Verletzungen am Kopf und am rechten Arm zuzog. Der Verunglückte starb infolge eines Hinterkopfes in das Gehirn.

Ein großer Dachstuhlbrand beschäftigte die Wehr Montagnachmittag zwei Stunden in der Simconstraße 11. Das Dach des linken Seitenflügels ist nun innerhalb 1 1/2 Jahren dreimal von größerem Feuer heimgesucht und war erst in diesem Frühjahr erneuert. Obgleich greifbare Ursachen für die Annahme von Brandstiftung nicht vorliegen, zeigen die Hausbewohner doch zu der Ansicht, daß hier Völlerei im Spiele sei. Diesmal ist ein großer Teil des Dachstuhls eingestürzt und der entstandene Schaden bedeutend. Einige nicht versicherte Mieter sind besonders hart betroffen.

Auf der Radrennbahn Friedenau wurde gestern der Zweikampf Kobl-Dickmann angefochten. Das auf eine Stunde angelegte Rennen mußte nach der zweiten Runde abgebrochen werden, da Kobl's Rad defekt wurde. Beide Gegner erschienen nochmals vor dem Start und der „Wack“ nahm nunmehr einer überaus forschenden Verlauf. Kobl erlitt sofort die Führung und ging so tapfer vorwärts, daß bis 25 Kilometer sowohl die deutschen als auch die Weltrekorde gebrochen wurden. Nach der 54. Runde wackelte er von neuem das Rad, doch konnten die anderthalb Runden, die Dickmann von den drei Runden, die er hintergeblieben war, zurückzubringen, am Anfang des Kampfs nichts ändern. Kobl blieb Sieger. Er legte in der Stunde 64 145 Meter zurück und kam damit dem Weltrekord auf 509 Meter nahe. Der Sieger wurde stämmig begrüßt, und einige Sportler von besonderem Geschick trugen ihn sogar auf den Schultern von der Bahn.

Orgelkonzert. Beim Orgelkonzert in der Marienstraße, den Herr Musikdirektor Dienel am Mittwoch, den 26. Juni, mittags 12 Uhr, bei freiem Eintritt hielt, wirkten mit: Frau Gertrud Vabaude, Frä. Inse Gau, der Violinist Herr Hans Groth und Herr Bruno Geisler.

Der Besucher des Berliner Aquariums läßt bei Betrachtung der mit den absonderlichsten Formen und merkwürdigsten Dingen gefüllten Becken der Welt der niederen Tierwelt bezaubert. Neben auf eine Anzahl wichtiger, seltener und rarer Gebilde, die wie Fingerringe die Aufmerksamkeit von ihrer feinen und feinsten Unterlage anziehen und dem Umeingewiesenen als prächtige Lebewesen erscheinen. Während sie nun hauptsächlich in gewisser Hinsicht mit den Pflanzen übereinstimmen, gleichen sie in anderer Beziehung den Wirbeltieren, und darum nehmen sie mehr als andere wirbellose Tiere das Interesse der Naturfreunde und Forscher in Anspruch. Die Umhüllung ober der Mantel dieser „Manteltiere“ aber Weibchen gleicht nämlich in ihrer äußeren Gestalt dem in den wesentlichen Eigenschaften den allen Pflanzen eigenen Pflanzenzellschiff, der sonst im Tierreich nicht vorkommt, in dem inneren Bau und der Anordnung dieser Weibchen hingegen spricht sich eine bedeutende Ähnlichkeit mit den höher organisierten Wirbeltieren aus. Die Abteilung der Fische wurde von Rossignol aus und von der Spitze um zahlreiche Arten und Formen vermehrt. So erfuhr die Gruppe der abenteuerlich geformten Rochenfische wiederum eine Erweiterung durch Ankauf eines Zitterrochen aus der Adria.

Aus den Nachbarorten.

Zur Lokalfrage. Den Genossen zur Nachricht, daß alle Anfragen zc. betreffend Lokalangelegenheiten des Kreises Zeltow - Weeslow - Storkow - Charlottenburg während meiner Abwesenheit auf meinen Stellvertreter, Genossen Rudolf Prehler, Nixdorf, Pflügerstr. 69, zu richten sind. S. Quitt, Obmann der Lokalkommission des Kreises Zeltow-Weeslow-Storkow-Charlottenburg.

Ein Waldbrand entstand Sonntagnachmittag auf Klein-Schönebeler und Grönländer Gebiet. Berliner Ausflügler bemerkten das Unglück, das sich auf etwa zwei Morgen Kiefernforstung erstreckte. Die Berliner legten gemeinsam mit mehreren aus der Nachbarschaft

herbeigeeilten Personen fleißig Hand an Werk und dem angestrebten Vermögen gelang es nach mehreren Stunden, das Feuer zu erlöchen. Leider wurde ein Mann bei der Löscharbeit an den Füßen durch Brandwunden verletzt. Ob der Brand durch Fahrlässigkeit entstanden ist, konnte nicht ermittelt werden. Vorsicht im Umgang mit Feuerzeug ist im Freien bei der jetzigen trocknen Witterung dringend zu empfehlen.

Gerichts-Beilage.

Der gebildete Landrat.

Der Polizeiergeant Jsenbarth wartete Pfingsten 1900 gegen 12 1/2 Uhr nachts in der Bahnhofstraße zu Finneberg auf die Abfahrt des Arbeiter-Gesangvereins Morgenröte aus Hamburg, der in der Centralhalle des Restaurateurs Schmidt ein geschlossenes Vergnügen abhielt. Es ging dort recht lustig zu. Plötzlich tauchte der Landrat Dr. Scheib auf, dem die Centralhalle als Arbeiterverlehrslokal nicht gefällt und rief dem Gendarmen laut zu: „Was ist denn das für eine Schweinerei, wenn der Lämmel in seinem Lokal keine Ordnung halten kann, schließen Sie ihm die Pudel!“ Als der Polizeiergeant dann auf Verlangen des Landrats zwei Soldaten im Schmidt'schen Lokal feststellte, war die Anwesenheit des Landrats schon bekannt. Man besprach sie eifrig, und am andern Morgen war es Stadtgespräch, daß der Landrat den Gastwirt Schmidt einen Lämmel genannt habe. Als dann Jsenbarth im Laufe des Vormittags dienstlich zu Schmidt kam, sagte dieser zu ihm: er mißte doch ganz genau wissen, daß der Landrat ihn, Schmidt, einen Lämmel genannt habe. Jsenbarth gab die Thatsache zu. Er wurde deshalb mit einer Disziplinar-Ordnungsstrafe von 5 Mark belegt. Eine inzwischen von Schmidt gegen den Landrat erhobene Privatklage wurde dadurch erledigt, daß der Landrat die beleidigenden Worte zurücknahm und die Kosten zahlte.

Polizeiergeant Jsenbarth klagte im Verwaltungs-Streitverfahren auf Aufhebung der Disziplinarstrafe. Das Ober-Verwaltungsgericht verwarf seine Klage, in der er sich auf seine Wahrheitsliebe berufen hatte, mit folgender Begründung:

Jsenbarth habe sich gegen seine Pflicht zur Amtsverschwiegenheit vergangen, indem er Schmidt gegenüber zugab, daß ihn der Landrat einen Lämmel genannt habe. Daß Schmidt davon schon durch Dritte Kenntnis hatte, habe Jsenbarth nicht von der Pflicht zur Verschwiegenheit befreit. Es sei klar, daß Schmidt durch Vertragen des Klägers eine sichere Grundlage für ein Vorgehen gegen den Landrat gewinnen wollte. Jsenbarth hätte richtig gehandelt, wenn er Schmidt auf seine Frage gesagt hätte, er werde nur an zuständiger Stelle eine Aussage machen. Sein wirkliches Verhalten zeige einen empfindlichen Mangel an Tatkraft und sei ein grober Verstoß gegen die Disziplin. Es wäre seiner als Polizeiergeant unwürdig, durch Bestätigung der unvorurteiligen Beurteilungen des Landrats den Schmidt in dem Stand zu setzen, gegen den Landrat vorzugehen. Im Interesse der Aufrechterhaltung der Autorität der vorgesetzten Dienstbehörde sei die Bestrafung des Gendarmen notwendig, und zwar genüge eine bloße Klage nicht.

Vom Gewissenszwang für Disfidentenkinder.

Unter dieser Ueberschrift haben wir in unserer Nummer 83 vom 10. April 1901 über die eigenartigen Schicksale des Rechtsstreits des Steppers Liebrandt in Friedeberg (Neumark) berichtet, der Disfident ist und deshalb seine Anaben am Religionsunterricht in der Volksschule nicht teilnehmen lassen wollte. Der Antrag Liebrandts, seine beiden Anaben am jüdischen Religionsunterricht teilnehmen zu lassen, wurde abschlägig entschieden. Als Liebrandt darauf an einer ganzen Reihe von Tagen seine Anaben vom Religionsunterricht in der Schule fernhielt, wurde er wiederholt mit polizeilichen Strafmandaten belegt. Der Widerspruch Liebrandts hiergegen hatte keinen Erfolg, vielmehr wurde er von der Strafkammer zu Landsberg a. W. wegen Schulverhummis in 20 Fällen zu einer Geldstrafe von 20 Mark wegen Verstoßes gegen die Polizeiverordnung zu Frankfurt a. O. vom 24. März 1883 verurteilt. Liebrandt legte dagegen durch seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Heinemann zu Berlin, Revision ein. Das Kammergericht hob das Urteil der Strafkammer zu Landsberg auf, da die Verordnung von 1883 nur noch insoweit zu Recht besteht, als sie von polizeilichen Zwangsmitteln handele, dagegen außer Kraft gesetzt sei, insoweit sie öffentliche Strafe androht. Darum seien jedoch Schulverhummisse im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. nicht straflos, vielmehr habe die Regierung in den Jahren 1867 und 1868 zwei neue Verordnungen erlassen, welche die öffentlichen Strafbestimmungen enthalten. Diese neuen noch jetzt gültigen Verordnungen sehen das Mindestmaß der Strafe für einen halben Tag Schulverhummis auf 5 Pfennig herab. Um hiernach die Strafe zu bestimmen, wies das Kammergericht die Sache an die Vorinstanz zurück. Inzwischen aber erhielt Liebrandt neue Strafmandate wegen neuerer Fälle der Schulverhummis, gegen welche Strafmandate er abermals richterliche Entscheidung anrief. Das Schöffengericht Friedeberg bestätigte die Strafmandate und verurteilte Liebrandt zu 11 Mark Geldstrafe, indem es eine sorgfältige Handlung mit denjenigen Fällen annahm, in denen das frühere Strafverfahren noch schwebt. Hiergegen legte Liebrandt Berufung durch Rechtsanwalt Dr. Heinemann ein, der ausführte, daß wenn man eine sorgfältige Handlung mit dem Schöffengericht annehme, das Verfahren einzustellen sei, denn sonst würde der Angeklagte wegen der selben Handlung zweimal bestraft. Dies aber verstößt gegen den grundlegenden Satz: Nicht zweimal eine Strafe für dieselbe Handlung. Nehme man aber keine sorgfältige Handlung an, so sei Verjährung eingetreten, da während der drei Monate, während welcher die erste Sache beim Kammergericht schwebte, keine richterliche Handlung vorgenommen, vielmehr das Verfahren ausgesetzt und mithin die That jetzt verjährt sei. Die Strafkammer in Landsberg schloß sich diesen Ausführungen an und erkannte auf Einstellung des Verfahrens wegen eingetretener Verjährung. Wegen der zwanzig ersten Fälle der Verhummis der Schule erkannte die Strafkammer auf Grund der vom Kammergericht als maßgebend erachteten Verordnung von 1867 auf vier Mark Geldstrafe.

Die bürgerliche Justiz wäre gestern beinahe nicht in Funktion getreten. Die gestern am Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors v. Winterfeld begonnene neue Tagung hatte mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen, die in den Verhältnissen der Reifezeit begründet waren. Von den einberufenen 30 Geschwornen waren nur 22 zur Stelle, die übrigen waren durch Abwesenheit von Berlin und durch ärztliche Atteste entschuldigt. Da 24 Geschworne anwesend sein mußten, nahm der Vorsitzende sofort eine Auslosung von 8 Hilfs-geschwornen vor und der Bote wurde ausgeschied, um zwei dieser Herren an Gerichtsstelle zu schaffen. Es gelang dies erst nach längerer Mühe, so daß mit der ersten Verhandlung erst um 1 Uhr mittags begonnen werden konnte. Wegen verjurter Lösung hatte sich der 72jährige Ländler Karl Ernst Zippel zu verantworten. Er ist durch Eifersucht zu der That getrieben worden, die ihn auf die Anklagebank gebracht hat. Er war mit der Arbeiterin Elise A. L. ein Jahr lang verlobt, das Verlöbniß wurde aber auf Wunsch der A. aufgehoben, da diese der Meinung war, daß er zunächst seinen Charakter etwas fester gestalten und ihr größere Garantien für ein gedeihliches Eheleben gewähren müßte. Trotz der Aufhebung des Verlöbnisses gingen die beiden noch weiter mit einander aus, dies hörte aber auf, als die A. einen andern jungen Mann, der sie heiraten wollte, bevorzugte und sie nun nur noch mit diesem halten wollte. Der Angeklagte wurde nun von Eifersucht gepackt und hatte keine ruhige Minute mehr. Er machte verschiedene Versuche, mit der A. wieder in Beziehungen zu treten und als dies nicht gelang, ging er zu Drohungen über und drohte namentlich auch, mit einem langen Messer zu kommen und sie niederzuschneiden. Am 31. März machte er diese Drohung wahr. Als er in seiner Wohnung sein Journalmesser auf dem Tisch liegen sah, kam ihm der Gedanke, die A. zu töten. Er steckte das Messer zu sich und

schlich sich nach dem Hause in der Reichenbergerstraße, wo die A. wohnte. Diese hatte Besuch von ihrem neuen Bräutigam und als sie diesen nach 10 Uhr in Begleitung ihrer Mutter die Treppe hinab geleitete, leuchtete die Mutter sorgfältig die Treppen ab und auch in den Keller hinein, weil man infolge der Drohungen des Angeklagten Besorgungen vor ihm hatte. Beim Hineinleuchten in den Keller wurde der Angeklagte entdeckt, der dort in geduckter Stellung auf die Herabkommenden lauerte. Er kam hervor, stürzte sich sofort auf die Elise A. und brachte ihr mit dem Messer einen Stich in die Brust bei, der glücklicherweise ohne ernstere Folgen geblieben ist. Nach dreiwöchigem Aufenthalt im Krankenhaus ist das Mädchen wieder hergestellt gewesen. Der Angeklagte rannte weg und stürzte sich in den Landwehrkanal. Als er das Wasser fühlte, rief er um Hilfe und wurde durch einen Schuttmann gerettet. — Er gab im gestrigen Termin die That an sich zu, behauptete aber, daß er aus Eifersucht und Wut blindlings zugegriffen habe. — Staatsanwalt Steinbrecht hielt die Verurteilung der Schuldfrage wegen verjurter Lösungsfrage für geboten, Rechtsanwalt Dr. Kelle gab zur Erwägung anheim, ob eventuell nicht bloß Körperverletzung vorliege, und empfahl für diesen Fall die Inhabilität mildernden Umstände. Prinzipiell beantragte der Verteidiger die Verneinung der Schuldfrage, da der Angeklagte in dem Augenblick, als er zuschlug, sich in einem Zustande der Geistesverwirrung befunden habe, in welchem er nicht mehr wußte, was er that. — Die Geschwornen gaben ihren Wahrspruch nur auf Körperverletzung ab und billigten dem Angeklagten mildernde Umstände zu. Das Urteil lautete auf acht Monate Gefängnis, auf welche zwei Monate als verbüßt erachtet wurden.

Gewerbe-Ordnung und offene Handelsgesellschaft. Auf Grund des § 120 der Gewerbe-Ordnung ist für Nordhausen ein Ordinal erlassen worden, das den Besuch der Fortbildungsschule regelt und in Uebereinstimmung mit dem Wortlaut des § 120 die Gewerbe-Unternehmer verpflichtet, für den Besuch der Fortbildungsschule durch Lehrlinge und jugendliche Arbeiter zu sorgen. Die Firma Steinicke u. Comp., eine offene Handelsgesellschaft, die einen Holzhandel betreibt, hatte nun den 14jährigen Zimmerlehrling Brandt nicht bei der Schulverwaltung angemeldet. Dafür wurde der Mitinhaber Jiska, der Kaufmann ist, strafrechtlich verantwortlich gemacht. Das Landgericht verurteilte ihn zu einer Geldstrafe. Jiska legte Revision ein und machte geltend, daß er unmöglich strafbar sein könne. Der Zimmererlehrling stehe sozusagen gar nicht bei ihm in der Lehre, sondern bei seinem Socius, dem Zimmermeister Steinicke. Dieser allein als Fachmann könne den jungen Mann in den Zimmererbetrieb einführen und habe auch die Ausbildung des Lehrlings übernommen. Deshalb könne auch nur Steinicke wegen jener Unterlassung bestraft bzw. verurteilt werden. — Das Kammergericht wies indessen die Revision mit folgender Begründung ab: Nach § 120 der Gewerbe-Ordnung sei der Gewerbe-Unternehmer für den Besuch der Fortbildungsschule durch die Lehrlinge verantwortlich. Der Gewerbe-Unternehmer sei nun bei einer offenen Handelsgesellschaft diese selber. Es sei unerheblich, ob einer der Gesellschafter die Ausbildung des Lehrlings übernommen habe. Alle Gesellschafter blieben verpflichtet, die Vorschriften über den Besuch der Fortbildungsschule zu beachten, und jeder von ihnen könne zur Verantwortung gezogen werden.

Wegen Störung eines Gottesdienstes stand gestern der Klempner Karl Gurtmann vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. Während am 25. März in der katholischen St. Pauluskirche Gottesdienst abgehalten wurde, erschien daselbst der Angeklagte in seinem Arbeitsanzug und unterbrach wiederholt die Worte des Geistlichen durch böhmische Zwischenrufe. Sein Verhalten erregte allgemeinen Unwillen und er mußte aus der Kirche entfernt werden. Der Gerichtshof verurteilte ihn zu zehn Tagen Gefängnis.

Vierpauflerei. Wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittel-Gesetz war seiner Zeit der Büffetier Franz Häbnel zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hatte den Ausschank in der ersten Etage des Restaurants „Regie-Säle“ gepachtet und wurde von den Reklamen beschuldigt, daß er das Tropfbier und das Reigenbier in ein im Keller stehendes Faß gab und aus diesem mittels eines Kohlen säure-Drucks mit dem frischen Bier vermischte. Infolge dieser Beschuldigungen und der Klagen zahlreicher Gäste über schlechtes Bier sah sich der Büffetier zu Recherchen veranlaßt, und als er die Aufschuldigungen bestätigte fand, hat er den Angeklagten sofort entlassen. Dieser legte gegen das Urteil des Schöffengerichts Berufung ein. Diese wurde jedoch auf Grund der Klagen der Zeugen und des Gutachtens des Gerichtschemikers Dr. W. J. Hof verworfen.

Vermischtes.

„Schweinewirtschaft.“ In dieser heißen Jahreszeit ist wiederholt Klage darüber geführt worden, daß die Begleiter größerer Schweinejagden auf den Eisenbahnen während des Transports benutzte Schweine einfach aus den Viehwagen heraus auf den Bahndörper geworfen haben. Dies abgefaßte Verfahren hat den Zweck, die Veterinär-Polizei auf den Empfangsstationen zu täuschen und eine baldige Auslieferung der betreffenden Sendung zu erzielen. Würde nämlich der hinaus-geworfene Kadaver im Viehwagen gefunden, so müßte die ganze Sendung vor der Auslieferung als seuchenverdächtig einer tierärztlichen Beobachtung unterzogen werden, wodurch der Besender bzw. Empfänger der Schweine oft ein empfindlicher Geschäftsverlust erwächst. Im öffentlichen Interesse verbietet sich jenes unsaubere Verfahren aber von selbst; denn es befördert, abgesehen von andern Unzuträglichkeiten, die Verbreitung der Schweine-seuchen. Die Staatsbahn-Verwaltung hat daher angeordnet, daß künftig alle derartigen Sendungen bei ihrer Ankunft daraufhin streng geprüft werden, ob die in den Begleitpapieren angegebene Zahl der Tiere sich thatsächlich im Wagen befindet. Sollte dies nicht der Fall sein, so sollen unverzüglich die zuständigen Polizeibehörden davon benachrichtigt werden.

Brückeneinsturz. Aus Ingolstadt wird berichtet: Bei einem von ebemaligen Pionieren hier veranstalteten Feste stürzte eine zum Festplatz führende Brücke ein, auf welcher sich gerade eine größere Anzahl Soldaten befanden. Ein unter der Brücke stehender Unteroffizier wurde getötet, ein Militärtelegraphist wurde schwer verletzt, außerdem trugen einige Personen leichte Verletzungen davon.

Eisenbahnunfälle. Aus Breslau wird amtlich gemeldet: Sonntagnachmittag 3 Uhr entgleiste auf der Strecke Breslau-Brieg bei Bude 30 ein Teil der Achsen des Berlin-Wiener Schnellzuges Nr. 8. Zwei Reisende wurden unerheblich verletzt. Der Verkehr wurde eingeleitet aufrechterhalten. Eine Untersuchung ist eingeleitet. Die Ursache konnte bisher nicht ermittelt werden. Sonntagsvormittag 8 1/2 Uhr stieß auf der Strecke Breslau-Göbten der Breslauer Sonderzug mit einem von Göbten kommenden Personenzug auf der Station Buschlowa zusammen. Sechs Reisende wurden ganz erheblich verletzt. Beide Lokomotiven sind beschädigt.

Wie der „Bozsländische Anzeiger“ meldet, überfuhr heute mittag der von Plauen nach Eger bestimmte Schnellzug zwei beim Kasernenbau in Plauen beschäftigte Zimmerleute und tötete sie.

Schwammerl richtet in ganz Galizien großen Schaden an. Die Weizen und andre Früchte sind aus den Ähren getreten. Die Vorstadt von Neu-Sandor steht unter Wasser und mußte von den Bewohnern geräumt werden.

600 Menschen ertrunken. Im Mineralbezirk Pocatontos in Virginien (Nord-Amerika) ging Sonnabendnacht ein ungeheurer Wellenbruch nieder. Dem Druck der gewaltigen Wassermengen konnte ein auf einem Hügel gelegener Standamm nicht widerstehen; die Fluten durchbrachen ihn und ergossen sich in das Thal.

Heber 600 Menschen sollen in der furchterlichen Heberschwemmung umgekommen sein. Die Häuser konnten der herniederstürzenden Flut nicht Stand halten. Sie wurden ohne weiteres weggerissen und selbst ganze Orte weggeführt. Das Unglück ereignete sich um Mitternacht; die Wehrzahl der Ertrunkenen sollen Bergarbeiter oder Familienangehörige von solchen sein. Einer Mitternachtsaufgabe sind auch die Städte Raystone, Elhorn, Givian und andre Orte von Heberschwemmungen heimgesucht worden und die dortige Bahnlinie auf 25-30 Meilen zerstört. Der Schaden ist bisher unberechenbar.

Tod auf der Bühne. Aus Moskau wird berichtet: Bei der Aufführung der Oper „Migolotta“ im Cremiteatro-Theater wurde im zweiten Akt der beliebte Sänger Devoyod vom Herzschlag getroffen und war auf der Stelle tot.

Schiffsuntergang. Aus London, 23. Juni, besagt eine Flohde-Reliung: Die britische Post „Halland“, von Tacoma (Washington) nach Falmouth unterwegs, sank auf der Höhe von Scilly. Der Kapitän und die fünf Mann starke Besatzung werden vermisst.

In La Unión (Provinz Murcia) wurden am gestrigen Sonntag durch den Einsturz eines Hauses sieben Personen getötet.

Aus New York wird berichtet: Adalbert Gah, ehemaliger amerikanischer Konsul in Pretoria und Sohn des Staatssekretärs Gah, fiel in New Haven (Connecticut) aus dem Fenster eines Hotels und war sofort tot. Er hatte sich, nachdem er den Abend mit ehemaligen Schulfreunden verbracht hatte, in bester Stimmung nach seinem Zimmer begeben und augenscheinlich, während er um zu rauchen ans Fenster getreten war, das Lebergewicht bekommen.

In Valencia herrschte große Erregung über eine Entdeckung, welche an den Tag brachte, daß ein Mann Namens Pascual Gomez in einer entlegenen Kapelle unter dem Deckmantel der Religion unzüchtige Handlungen mit jungen Mädchen vorgenommen habe. Zwölf Mädchen sollen Gomez zum Opfer gefallen sein.

Warenpreise von Berlin am 22. Juni 1901 nach Ermittlungen des All. Volkshilfsbüros.

Waren	Preis
Weizen, gut	14.80
mittel	14.60
gering	14.40
Roggen, gut	13.80
mittel	13.60
gering	13.40
Gerste, gut	16.00
mittel	15.80
gering	15.60
Hirse, gut	15.30
mittel	15.10
gering	14.90
Hafer, gut	16.20
mittel	16.00
gering	15.80
Malz, gut	6.82
mittel	6.70
gering	6.50
Erbsen	40.00
weiß	45.00
schwarz	45.00
rot	45.00
gelb	45.00

Produktmarkt vom 24. Juni. Der Getreidemarkt zeigte heute wieder schwache Tendenz, was wohl hauptsächlich auf den geringen Anhang an Unternehmungslust zurückzuführen war. Einige Heckerleierungen hatten einen Preisrückgang von einer Mark für Weizen und 1/4 Mark für

Waggen zur Folge. Eine neuerliche Privatmeldung aus Schweden, daß die dortige Getreide durch die Hitze ernstlich gefährdet sei, brachte im Grunde nichts Neues und fand daher wenig Beachtung. Effektiv-Direktor waren kein, namentlich russische zurückhaltend. Amerika kam unverändert, Ostindien-Angaria etwas höher. Weizen lag ruhig, Hafer unverändert. Mais schwach befangen, Rübsen wie vorgehen. — Schluss für Getreide gut, Preise wieder wie vorgehen. Spiritus wurde nicht gehandelt.

Weihensee. Heute abend 8 Uhr findet im „Präsidenten“, Leberstr. 122, eine Gewerkschafts-Beratsamung statt, welche sich hauptsächlich mit dem Streik der Tabakarbeiter in Nordhausen und der Gardiergeschäfte beschäftigen wird. Referenten sind: Tabakarbeiter Max Kiesel und Gardiergeschäfte Kaiser. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vertrauensmann der Gewerkschaften in Weihensee.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 38. Heft des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt erben wir hervor: Rückblicke — Problematische gegen wissenschaftlichen Sozialismus. Von E. Kautsky. — Das letzte Jahrzehnt deutscher Handelspolitik. Von Heinrich Cunow. — Neueste Mitteilungen über die Kirchengewalt. Von F. H. P. — Literarische Rundschau: Großhaus Konversations-Verein. Arthur Hallé, Code des usages professionnels. Paul Louis, La guerre économique. — Heftigkeiten: Schopenhauer über den Tod. Gewissen an der Lebensphilosophie des Sozialismus. Vortrag, gehalten von Adolf Depner, St. Louis. (Fortsetzung.)

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

6. 2. 72. Fragen Sie bei der Expedition des „Kurier“, Organ des Verbandes reisender Schausteller, in Hamburg an.

7. 81. Falls Sie die Zeichen richtig entziffert haben, bedeuten die selben: Schwacher Knochen und Muskelbau, schwache Brust, Unterleibsdurchbruch, daher zum Dienst im lebenden Heer und der Erlagereserve nicht tauglich, wohl aber im Landsturm zu verwenden.

8. 100. Der Betreffende hat Anspruch auf Invalidenrente. Diese ist bei der Versicherungsanstalt geltend zu machen. — R. 1. Leider: nein.

9. 101. Weihensee. 1-3. Rein. — 2. Essen. Ja. — G. 2. 52. Rein. — R. O. 1. Richter Brief ist nicht eingelaufen. 2. Die zu Todesstrafe verurteilten Militärs werden den Zivilbehörden jeweils Vollstreckung der Strafe übergeben. Die Todesstrafe wird an ihnen in derselben Weise wie an Zivilpersonen durch den Scharfrichter mittels Entauptung vollzogen. — 3. 102. Rein: aus diesem Vorgang ist in der Regel nicht auf Selbstmord, sondern auf Erfüllung der ehelichen Pflicht zu schließen. — 124. Unerbittliche Harde, welche die Fähigkeit zum Dienst mit der Waffe nicht anspricht. — R. 83. 18 bis 25 März monatlich werden als angesehener erachtet. — R. 9. Sie müssen sich einen Erbseiner erteilen lassen und dann bei dem Amtsgericht beantragen, es möge anordnen, daß die hinterlegte Summe an Sie ausbezahlt wird. — 2. M. Rein, anders geht es, wenn es sich nicht um eine Invaliden- sondern um eine Unfallrente handeln sollte. — P. 75. Ihren Verpflichtungen müssen Sie nachkommen. — G. B. 1. Es ist schriftliche Abmachung, Zustimmung des Vormundes und Genehmigung des Vormundschaftsgerichts erforderlich. 2. Am 1. April 1915. — K. G. Regel. Sie würden sich kratzen und unrechtlich veranwortlich machen, wenn Sie den Hund töten. Sie haben aber das Recht, dessen Schadenersatz von dem zu verlangen, der den Hund hält. Zufänglich ist das Amtsgericht. — G. 50. Leider müssen Sie zahlen. Die Mehrkosten sind durch die Pfändung entfallen. Der Gläubiger kann so oft er

will, Pfändungsversuche unternehmen. Die Kosten fallen Ihnen zu. Wo zahlen Sie lieber (schleunigst, ehe noch mehr Kosten erwachsen) — Berger 19. Wenn Sie Lohn oder Kost oder dergl. hatten, so stellen Sie bei der Versicherungskasse den Antrag, den Betreffenden zum nachträglichen Ableben der in den letzten 2 Jahren lebenden Parteien zu veranlassen. — J. 1. Ja. — G. S. Rixdorf. Für die vor dem 1. Januar 1900 geborenen außerehelichen Kinder besteht die Vorschrift, daß der Vater das Recht habe, das Kind vom 4. Jahre ab in seine Pflege zu nehmen, eventuell die Fortzahlung der Alimente zu verweigern. Für die nach dem 31. Dezember 1899 Geborenen trifft diese Bestimmung zweifellos nicht zu. Darüber, ob die auch für die früher Geborenen in Bezug gekommen ist, berechtigt Streit. In der Berliner Praxis wird die Frage überwiegend zu Ungunsten der Mutter verurteilt. Ihre Schwester kam unter allen Umständen gut, sich an den Vormundschaftsrichter mit dem Antrage zu wenden, der Mutter zu gestatten, das Kind fernherin auf Kosten des Vaters zu erziehen, weil der Vater sich bislang nicht um das Kind gekümmert hat usw. und die Erziehung durch den Vater nicht im Interesse des Kindes liegt. — W. Rein. — 2. 17. 1. und 2. Das geht weder den Vebiger noch den Ständesbeamten etwas an. 3. Eine Ausbeinberzeugung ist in solchen Fällen nicht erforderlich. — 25. Nur soweit der Lohn 1500 M. jährlich übersteigt. — 26. Sie sind in die Wählerliste anzunehmen. Darüber, ob Sie auf genommen sind, informieren Sie sich durch Einsicht in die Wählerliste zur Zeit ihrer Auslegung (zweite Hälfte). — 2. 2. 8. Wenden Sie sich an das Gericht mit dem Antrag, diese Strafe aus den von Ihnen dort gelegten Gründen Ihnen nicht in Gegenwart der Klägerin oder in der Öffentlichkeit vorhalten zu lassen. — R. P. 10. Erst müßten Sie klagen. Erst nach Erlass des Urteils können Sie einen Gerichtsbeschwerder mit der Pfändung beantragen. — A. J. Rein. — 101. 101. Der Dienstgeber hat auch dem Gläubiger gegenüber nicht das Recht, die Gläubiger zurückzuführen, sondern nur das Recht, die Gläubiger auf den Lohn anzurechnen, wenn das Dienstverhältnis durch Schuld des Gläubiger vor Ablauf des Dienstjahres aufgelöst ist. Sie können also Erlass verlangen. — 101. 101. Die zuständige Versicherungskasse hat ihren Sitz in Merseburg. — 101. 101. 1. Rein, Sie können nur Entfernung der Untere verlangen, andernfalls, daß falls die Einberufung nicht innerhalb 3 Tagen erfolgt ist, Sie die Entfernung auf Kosten des Wirts vornehmen würden und also handeln. 2. Reichs-Marineamt, Leipzigerplatz 13. — 101. 101. Ja. — P. G. 9. Sie können sich an den Staatsanwalt mit einem Antrage auf Verhaftung — wegen Unterschlagung — wenden und können das Unterschlagene einfordern. — M. R. 23. Rein. — R. 2. 107. Die Mutter, nicht der Vormund, ist zur Anstellung der Pflege für die Pflege im das Amtsgericht des Bezirks, in dem der Vater des Kindes wohnt. Die Rechte der Mutter sind noch keineswegs veräußert. Es genügt eine Klage in der Art der Nr. 14 S. 222, 223 des im Führer durch das B. O. (Anhang zum Arbeiterrecht) enthaltenen Beispiels. Jedoch müßte die Mutter aufpassen: Rein Kind ist am 1. geboren, ist die seine gezeugte Erbkin. Sollte die Mutter noch minderjährig (unter 21 Jahre alt) sein, so muß für sie ihr Vater klagen.

Witterungsübersicht vom 24. Juni 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Temper. in C	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Temper. in C
Erlangen	763.8	SW	1	bed. 18	Daplaranda	768.5	SW	2	bed. 20
Darmstadt	765.2	SW	1	bed. 18	Wetzlar	769.5	SW	3	wolfl. 12
Berlin	763.8	SW	3	h. bed. 21	Frankfurt	768.5	SW	3	wolfl. 12
Hannover	766.0	SW	2	h. bed. 18	Wiesbaden	768.5	SW	2	wolfl. 14
München	766.5	SW	5	h. bed. 19					
Wien	761.8	SW	2	wolfl. 22					

Wetter-Prognose für Dienstag, den 25. Juni 1901. Früher, veränderlich, vielfach wolfl. mit etwas Regen und mäßigen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Anzeiger übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 25. Juni.
Opernhaus. Der Ring des Nibelungen. Siegfried. Anfang 7 Uhr.
Schaubühnen. Geschlossen.
Neues Opern-Theater (Krohn). Die Nidermünd. Anfang 8 Uhr.
Am Trianon-Theater: Lebende Lieber. Anfang 7 1/2 und 9 Uhr.
Schiller (Morung-Oper). Hans Heiling. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Die Zwillingsschwester. Anfang 8 Uhr.
Lefing. Die Kludfess. Anfang 8 Uhr.
Berliner. Ueber unsre Kraft. (1 Teil) Anfang 7 1/2 Uhr.
Menschen. Das blaue Kadett. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Schauspiel des Weithaler. Eusebius. Die goldne Bräute. Anfang 8 Uhr.
Welken. Lumpenbagabundus. Anfang 8 Uhr.
Secessionsbühne. Buntes Theater: Ueberbreit. Anf. 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Geschlossen.
Carl Weisk. Die Jüdin. Anfang 8 Uhr.
Valien. Geschlossen.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Spezialitäten im Garten.
Sekte-Miliane. Die Schwabln. Hierauf: Das Bersprecher hinterm Herd. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Mythen. Spezialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr.
Vasage. Vasospitium. Spezialitäten-Vorstellung.
Vasage Theater. Damen-Ming-Münple. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Urania. Tausenstr. 48/49. (Im Theateraal) Abends 8 Uhr: Unter Rhein von der Duelle bis zur Pfändung.
Täglich abends von 5-10 Uhr. Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Mittwoch-Oper.
Dienstagabend 7 1/2 Uhr: Hans Heiling.
Romant. Oper in 5 Akten nach einem Schauspiel von Heinrich Marschner. Mittwochabend 7 1/2 Uhr: Figaros Hochzeit.
Donnerstagabend 7 1/2 Uhr: Die Regiments-tochter.
Bilder: Die Opernprobe.
Freitagabend 7 1/2 Uhr: Die Augenotten.

Central-Theater.

Heute Anfang 8 Uhr.
Sum 675. Rate: In erster Besetzung: Die Geisha.
Operette in 3 Akten v. Sibony Jones. Morgen u. folgende Tage: Die Geisha.

Carl Weiss-Theater

Große Frankfurterstr. 132.
Sommer-Oper.
Die Jüdin.
Oper in 5 Akten von J. F. Salévy. Regie: Carl Weiss.
Direktor: Direktor B. Zimmermann. Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: Der Freischütz. — Donnerstag: Figaros Hochzeit. — Im Garten: Konzert, Theater und Spezialitäten. Anfang 8 1/2 Uhr. — Mittwoch: Gr. Kinderfestsch. — Zuerwittchen. Anfang 5 Uhr.

Apollo-Theater

Gr. Spezialitäten-Programm.
Frau Luna
Luftballet Grigolatis.
Garten-Konzert 7 Uhr.
Sonntagabend, 29. d. M.: Fest-Vorstellung.
Zum 300. Mal: Frau Luna.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
Täglich im Garten: Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
„Amor“ der macht es.
Operetten-Burleske von W. Verice. Musik von R. Schmidt.
Im Saale: Tanzkränzchen

Brauerei K. Gregory.

Badstr. 67 u. Hocrstr. 21-24, Defonom & Sipel.
Empfehle meine hochgelegenen Zäle, 300 Personen fassend, für Vereinsfestlichkeiten. 18408.
Im Garten: Gr. Freikonzert.

Urania

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr: — Unser Rhein. —
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Castans Panopticum.

Neu! Neu! Neu!
Der Champion aller Billardkünstler Prof. Léon Goffard tritt täglich auf um 1/2 12 Uhr vorm., 3, 7, 8 Uhr nachm.
Lebende Photographien, die eisernen Jungfrau usw.

Zoologischer Garten

Täglich ab 5 Uhr nachmittags: Militär-Doppel-Konzert.
Entree 1 Mark.
Von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Beduinen

In der „Völker-Arena“: Die Beduinen mit Pferden, Dromedaren usw. Besichtigung des Bazars, Zeltlagers der Truppe. Esstretten von 3 bis 8 Uhr. Schaustellungen der Beduinen 4, 1/2, 7 Uhr.
Entree direkt von der Strasse am Bahnhof 50 Pf., Kinder 25 Pf., Gartenbesucher zahlen 25 Pf., Kinder 15 Pf. Täglich Schülerkarten gültig à 10 Pf., Erwachsene in Begleit. der Schüler 25 Pf.

Max Kliems Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. — Kritische Leitung: Paul Mühlitz. [16400*]
Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag. Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet. 2 hochgelegene Regalbüden, Würfelbüden, Rondinet, Blumenband etc. Sonntag, Montag und Donnerstag in den Sälen: Familien-Kränzchen.

Zähne 2 Mk.

10 Jahre Garantie. Teilzahlung wöchentlich 1 Mark. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Reparaturen sofort. Umarbeitung schlecht sitzender Gebisse. Zahnarzt Wolf, Leipziger Strasse 130, (Hans Scharwächter), Sprechst. 9-7 Uhr. [08/14*

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7/9.
Täglich: Aus dem Volke.
Solisten mit Gesang und Tanz in 4 Akten.
Auftreten der Excentric-Gesellschaft Hedwig Döring, des Violoncellisten Paul Coradini, der Gebrüder Damm, Akrobaten. The Garaya, Kabofahrer. Mr. Bartlings lebende Photographien. Konzert und Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf. Kalbo.

Reichshallen

Stettiner Sänger.
Anfang: Hochfestags 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Sonntag, 30. Juni: Abschieds-Soiree.

Gossmann-Konzertgarten

Kreuzbergstr. 48, an der Ragdaststraße.
Jeden Sonntag gr. Frei-Konzert und Ball. Montag und Donnerstag: Hamburger Sänger (Stedl, Bahmer, Witt Wolf usw.) Jeden Freitag Norddeutsche Sänger. Bei ungünstiger Witterung im Saal. Nachher Kränzchen.

Sanssouci

Im Garten: Täglich: Hoffmanns-Nord. Sänger und Konzert. Anfang 8. Konzert 5 Uhr, der Soiree 7 Uhr, Bodentag 6 Uhr, d. Soiree 8 Uhr. Entree 30 Pf. Sonntag, Montag und Donnerstag: Tanzkränzchen. Wochentags: Vereinsbillets gültig. Tanz frei.

Schweizergarten

Am Königsthor. Am Friedrichshain. Täglich: Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung und Ball. Volksbelustigungen aller Art. Jeden Abend 10 Uhr: Moderne Don Juans.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 8. Im schattigen Sommergarten: Täglich: Internationale Künstler-Konzerte. Die Boeren-Kapelle. Nespoul-Tarantella-Kapelle, Sacco-Wiener Damen-Kapelle Raymond-Theater-Abteilung (Künstler-Variété) erstklass. Spezialitäten. Von mittags 12 Uhr bis 3 Uhr nachm. Bürgerliches Diner. Preis pro Couvert 75 Pf. 4 Gänge.

Ostbahn-Park.

Am Kästrinerplatz. Rüdersdorferstr. 71. Hermann Imbs. Täglich: Großes Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Großer Erfolg! Grosser Erfolg! Susanne im Bade. Große Ausstattungsoperette. Anfang: Hochfestags 5 Uhr, Sonntag 4 Uhr. F. Lehmann, Direktor.

Puhlmanns Vaudeville-Theater

Schönhäuser-Allee 148. Täglich: Große Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Nur Kräfte ersten Ranges. Großer Erfolg! Grosser Erfolg! Susanne im Bade. Große Ausstattungsoperette. Anfang: Hochfestags 5 Uhr, Sonntag 4 Uhr. F. Lehmann, Direktor.

Sanssouci

Im Garten: Täglich: Hoffmanns-Nord. Sänger und Konzert. Anfang 8. Konzert 5 Uhr, der Soiree 7 Uhr, Bodentag 6 Uhr, d. Soiree 8 Uhr. Entree 30 Pf. Sonntag, Montag und Donnerstag: Tanzkränzchen. Wochentags: Vereinsbillets gültig. Tanz frei.

Schweizergarten

Am Königsthor. Am Friedrichshain. Täglich: Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung und Ball. Volksbelustigungen aller Art. Jeden Abend 10 Uhr: Moderne Don Juans.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 8. Im schattigen Sommergarten: Täglich: Internationale Künstler-Konzerte. Die Boeren-Kapelle. Nespoul-Tarantella-Kapelle, Sacco-Wiener Damen-Kapelle Raymond-Theater-Abteilung (Künstler-Variété) erstklass. Spezialitäten. Von mittags 12 Uhr bis 3 Uhr nachm. Bürgerliches Diner. Preis pro Couvert 75 Pf. 4 Gänge.

Georg Liechmann, Zisler.

Bitte um Deine Adresse: Vorier, Lantzenstraße 13a. 2044b

Wedding-Park

Haller-Strasse 178. Norddeutsche Sänger. Biegler, Wolff, Hohenberg etc. * Entree 20 Pf., Sonntagabends 15 Pf.

G. Brochnows Gesellschaftshaus,

18274* — Verkestraße 17. Im herrlichen Konzertgarten jeden Dienstag und Freitag: Steinmetz-Sänger. Nach der Soiree: Tanzkränzchen. Jons gültig Anf. 8 Uhr. Jeden Sonntag: BALL. Einige Sonnabende noch zu vergeben.

Bruch-Pollmann

empfehle sein Vager in Bruchbänden, Leibbänden, Geradenhalten, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl. Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Vieferrant [11082*] für Orts- und Hilfs-Krankenassen. Berlin C.

30. Tinten-Strasse 30.

Herren-Anzüge,

Valerios n. Maß, eleg. Ausb. auch fertige Garderobe am Lager, liefert Landbergerstr. 13 pr. Teilzahlung gestattet.

Marly-Schrot

feinster Kaffeezusatz. Gibt dem Kaffee eine vorzügliche Farbe u. reinen kräftigen Geschmack. — 1/2 Pfd. Original-Paket 15 Pf. — Deutsche Kaffee-Rösterei A. Pennitz, Berlin C., Rosenhallerstr. 59 und in den mit Placat versehenen Handlungen. Preise beliebige Teilzahlung. Invaliden-Strasse 145

III. Wahlkreis.

Mittwoch, den 26. Juni, abends 8 Uhr, in der „Resource“, Kommandantenstraße 57:

Volkversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Wolfgang Heine über: „Politische Zeitfragen“. 2. Diskussion.
Regen Besuch der Genossinnen und Genossen erwartet
Der Vertrauensmann.

Centralverband der Maurer Deutschlands

Zahlstelle Berlin II, Bezirk Norden.
Mittwoch, den 26. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal von Wernau, Schwedterstr. 24

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Bericht aus der Vertretung und Verschiedenes.
Die Verbandsleitung.

Achtung! Lederarbeiter. Achtung!

Weißgerber, Lohgerber, Lederfärber usw.
Dienstag, 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Marienbad, Badstr. 35:
Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Paul Jahn über: „Das bürgerliche Recht und die beschlossenen Klassen“. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zu unserm Verträge. 4. Wahl von Revisoren. 5. Verschiedenes.
Wegen der Wichtigkeit und Reichhaltigkeit der Tagesordnung ist zahlreiches und pünktliches Erscheinen notwendig.
Der Vertrauensmann.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin).
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Mittwoch, den 26. Juni, abends 6 1/2 Uhr:

Vertrauensmännertagung der Former

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer No. 15.
Am Mittwoch, den 26. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn John, Wilhelmstr. 19:

Versammlung für Ober-Schöneweide.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)
Morgen, Mittwoch, den 26. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Gustav Lennhoff, prakt. Arzt, über: „Die Hygiene der Atmung“. 2. Verbandangelegenheiten u. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter

und Arbeiterinnen Deutschlands, Zahlstelle Berlin.
Mittwoch, 26. Juni, abends 8 Uhr, bei Raabe, Kolbergerstr. 28:

Große öffentliche Versammlung

der in chemischen Fabriken besch. Arbeiter u. Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Warm über: Die Lage der Arbeiter in der chemischen Industrie. 2. Diskussion und Verschiedenes.
Um zahlreiches Besuch bitten
Die Ortsverwaltung.

Anker-Kautabak, vorzüglicher Geschmack.

Ganz neu, in 5 und 10 Pf. Schäften.
Generalvertrieb: Carl Röcker, Berlin, Oranienstr. 8, Amt 7, 3961.

Allen Kollegen und Genossen

zur vorläufigen Mitteilung, dass wir es als unsere Pflicht erachten, gegen den statut- und prinzipwidrigen Ausschluss unsres alten bewährten Genossen Wilhelm Lorenz aus dem „Verein sozialdemokratischer Gast- und Schankwirte“ energisch Protest einzulegen.

Wir betrachten und achten Wilhelm Lorenz, Voltastr. 43, nach wie vor als einen tüchtigen ehrlichen Genossen und praktischen Organisator, der unbekümmert darum, ob ihm Rosen oder Dornen winken, Jedem seine Meinung frei ins Gesicht sagt.
Tempel. Fritz Wilke. Schulze. O. Blume.
Paul Haferland. August Günther. Otto Franke.

J. Brunn.

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt Nr. 4.
Nach beendeter Engros-Saison gelangen große Lagerbestände meiner Teppiche! Gardinen! Portieren! Tischdecken! Steppdecken! Wäsche! zu außerordentlich billigen Preisen zum Ausverkauf!
Einzelne fehlerhafte Exemplare für die Hälfte des Wertes.

OBERGRUND

bei Bodenbach a. d. Elbe, Mittelpunkt der böhm.-sächsischen Schweiz, Bade-, Terrain- u. klimat. Kurort.
Kochs Pension, Hotel und Villa Stark,
ganz am Walde gelegen. Das Etablissement ist durch 2 Brücken direkt mit dem Walde verbunden, die Giebelhäuser vis-a-vis, Dampf- und Giebelhäuser nebeneinander, große herrliche Terrasse um das Etablissement mit prachtvoller Aussicht auf und über die Elbe in die Gebirge; großer Speisesaal, Billard-, Damen- und Lesezimmer, Gartenhaus im Etablissement und am Walde, schöner Ausflugsort für Touristen. Überflutete, gesunde Sommerfrische, (eine der prächtigsten); Baden, Dampfbad und Telegrafendampfbad. Verkauft für kurze und längere Aufenthalte, auch werden Tageszimmer abgegeben. Man verlange Prospekt. Brief- und Telegramm-Adressen: Koch, Obergrund-Bodenbach.
09/13

Kinderwagen-Bazar „Baby“.

1. Invalidenstr. 100, an Brunnenstrasse.
2. Oranienstr. 31, an Adalbertstrasse.
3. Belle-Alliancestr. 107, Büchsenplatz.
4. Gr. Frankfurterstr. 115, an Andreasstr.
5. Brunnenstr. 92, an Högerstrasse.
6. Reinickendorferstr. 24 a, Wedding.
7. Besselstr. 18, an Turmstrasse.
8. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 55.
9, 12-75 Mk. Sportwagen v. 4,50, 6,00-80 Mk. S. 15-100 Mk.
Riesenauswahl. Teilzahlung gestattet. (1561L.)
Bei grösseren Raten Cassapreis. Liefer. des Post-Spar-u. Vorschussvereins.

Teilzahlung!

Gerrenröhren, Damennöhren, Nadeln, Regulatoren, Damen-Ringe, Ketten (wöchentlich 1 Rtl.). 17742*
Jahre & König, Warschauerstrasse 72.

5 1/2 Pfund Brot 50 Pfg.

Albrechts Bäckereien
Oranienstr. 9, Krautstr. 19, Falkenstr. 28, Kaufstr. 2.
Jahre & König, Warschauerstrasse 72.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, dass meine liebe Frau, unsere gute Mutter
Hedwig Kasporick geb. Körner
am 24. d. M. nach langem Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet am 26. d. M., um 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes, Rudowstr. 10, statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Gustav Kasporick nebst Kindern.

Todes-Anzeige.

Am 20. Juni nach längerem Leiden unser Kollege
Josef Förster.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 25. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Jagunskirchhofes in Wilhelmshagen-Dober-Schönhausen statt.
Die Kollegen der Möbelfabrik von R. Friedrich, Fruchtstr. 30.
Allen Bekannten zur Nachricht, dass mein lieber Mann, Bruder, Schwager und Onkel, der Schraubendreher
Amandus Sakrowski,
nach schweren Leiden am 23. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 27. Juni, nachmittags 5 1/2 Uhr, vom Krankenhaus am Urban aus nach dem neuen Jagobkirchhof statt. [3030b
Die trauernden Hinterbliebenen:
Mathilde Sakrowski.

Todes-Anzeige.

Jede Taschenuhr reinigen od. Feder einl. 1,50 Mk. unt. Gar. Goldene Damenuhren 15-100 Mk. Getragene silberne Uhren 5,50 Mk. Teilzahlung gestattet.
G. Paetzel, 1. Geschäft: Wallstraße 14, nahe Spittelmarkt. 2. Geschäft: Turmstraße 65.

Freie Vereinigung selbständ. Barbieri, Friseurer etc.

In der Liste der freigegebenen Gewerbe sind nachzutragen: [287/14
Barbier, Mariannenplatz 25.
Rube, Oppelnerstr. 34.
Klimpel, Markstr. 14.
Sietel, Stargardstr. 14.
Maueke, Kleine Frankfurterstr. 3/4.
Wessel, Gartenstr. 63.
Pauli, Embdenerstr. 10.
Kowacki, Langestr. 102.
Schneider, Blumenstr. 30.
Jante, Weissenhof, Sternstr. 4.
F. H.: Max Klarmann, Köpenickerstr. 1.
Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Strasse 2.
Bereits Kränze, Palmen u. Blumenarrangements, Bouquets, Guirlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert

Oswald Nier's reine ungeschwefelte Traubenweine

aus Weintrauben
1. Festlichkeiten, Vereine, Krankenhäuser, bew. hoch. Rabatt!
Bei 1276: 70 eig. Centralgeschäfte in 44 in Berlin, 261 d. Provinzen!
nebst Weintrauben u. 50.000 Flaschen in Deutschland.
Ausführ. illust. Preisocourant grat. u. frs.
Noch nie dagewesen! Um das gesunde Trinken unserer sämtlichen Weine in allen Kreisen des geehrten Publikums nunmehr schnell einzuführen, göße ich
Eine Reklamekiste enth. 12 Orig.-Flaschen, Neclarwein gen., „Göbelertrank“ sowie 30 Proben kleiner 30 und 50 Liter, sowie 3000 deutsch. Reklametexte für nur Mark 15
gg. Nachh. od. Vorversand d. Betrag. Jede Flasche Neclarwein kostet sonst in weinigen eig. Weinhandl. u. bei Weingroßhändlern Mk. 2, exkl. Glas, Verpackung, Fracht etc. Die Reklamekiste kann in allen meinen Geschäften bestellt werden, wird aber nur franco direct von meinem Hauptgeschäft in Berlin aus versandt.
Bitte versuchen Sie, Sie werden für wenig Geld gesunde und schöne No. 48 a Stunden dabei verlieren u. mein Kunde bleiben.
OSWALD NIER, Hauptgeschäft: Berlin N., Lindenstr. 190

Jedes 5 Pfennig.
Wort: 5 Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächsten Nummer werden

in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Poststr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restaurationsverkauf Fruchtstr. 61.
Restaurationsverkauf wegen Uebernahme eines Hofes zu verkaufen Urbanstr. 66.
Restaurationsverkauf nach auferhalb zu verkaufen u. Ritter, Kolonnenstr. 40.
Gardinenhand Große Frankfurterstr. 9, parterre.
Elegante vorjährige Herrenkleider, feinste Stoffe 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21 II
Spottdillig. Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Kleiderstoffe, Kleiderstoffe verkauft Verkaufshaus, Reanderstr. 6.
Doppelante, Werkzeuge, Geschäftsaufgabe, verkauft Volker, Bremerstr. 54.
Wingewerkschaft, Spottdillig, Werberstr. 20 II rechts.
Reinigungsmodell, vollständige Einrichtung, Spottdillig, auch einzeln, Gartenstr. 148, I links.
Lebanon, Stühle verkauft Schepke, Steinmüllerstr. 77, Querebäude 2 Treppen.
Kinderportwagen Spottdillig, Andreestr. 23.
Kinderwagen, Epochenwagen, Kleiderwagen, Bazar Baby, Invalidenstr. 100, Frankfurterstr. 116, Oranienstr. 31, Belle-Alliancestr. 107, Reinickendorferstr. 24, o. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. Nr. 56. Teilzahlung gestattet.
Duplex-Heizbrenner, mit zwei Ueberleitungen, Kochstr. 9, Parier.
Maurerflie vorwärts, Gutgeschliff, Wolfbamerstr. 61. (Handmännlein beachten.)

Vermischte Anzeigen.

Röhrenmaschinenlager sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00. Lieferung sofort. Landbergerstr. 82.
Radfahrer. Wer sich ein billiges Fahrrad sowie Herren-, Damen- und Kinderfahrräder kaufen will, wende sich an die Berliner Einkaufsgenossenschaft, Berlin, Markstr. 19.
Mehrere neue Fahrräder, mit einjähriger Garantie, weil in Zahlung genommen, mit Verlust zu verkaufen, ebenfalls in zwei Raten. Restaurant Ziehe, Brandenburgstr. 56.
Teppiche mit Farbenfäden, Fabriksüberreste Große Frankfurterstr. 9, parterre.
Nähmaschinen und Feuer-Verdichtung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstr. 43, Hof Keller.
Ringschiffchen, gebraucht, Reue Jakobstr. 11, Restaurant.
Malerarbeiten, Glasbildern, für Blumens, Bruchstücke, Schwämme, Gewächshäuser, bessere Gewächshäuser, Adersheim, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Tonne 3,50 erhaltene. Nicht Glasanzahl, Qualität entspricht. Wollereierstr. 119.
Kinde nahrungsmittel, stets frisch, liefert zur Zeit des Durchschlafs zu ermäßigten Preisen. Flor-Drucker, Paul Kunde, Rigdort, Kaiser Friedrichstr. 242, beim Hermannplatz.
Stegdecken billig Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre.
Gangbares Bild- und Vorlosgeschäft Familienverhältnisse sofort billig zu verkaufen. Oferten O. 6401. Postamt 30.
Gartenrestaurant, gute, wegen andrer Unternehmung sofort zu verkaufen. Zu erfragen Bayreutherstr. 6, Postier.
Kinderwagen, gut erhalten, verkauft Weich, Giesenhainstr. 5.

Vermischte Anzeigen.

Ruhmann-Kleiderstrick mit Säulen, fast neu, und Bettstelle zu verkaufen, unzugänglich, Rübendorferstr. 61, IV rechts.
Eine gute gebrauchte Besohlmaschine ungeschädigt billig zu verkaufen. Stollbergstr. 54.
Fahrrad gut, billig verkauft bei Hinge, Friedrichstr. 31.
Französisch (billig) Breitestr. 6.
Englisch (billig) Breitestr. 6.
Patentanwalt Dammann, Oranienstr. 57, Marktplatz. Gründlichster Rat abends bis neun.
Schriftliche Arbeit jeder Art, Klagen und Gerichtsverfahren, Steuer-Reklamationen, Briefe, fertigt erfolgreich und billig Franz Witzinger, Grünburgerstr. 32, Querebäude III.
Unfallkosten, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Geyger, Steglitzerstr. 65.
Kunststofferei von Frau Kolodny Steinmüllerstr. 48.
Damenkleider reinigen, färben, Herrenkleider reinigen von 2,50 Mark an. Reinhold Harber, Andreestr. 78 parterre, Eisenbahnstr. 18.
Anfertigung eleganter Herren-garderobe. Teilzahlung gestattet. Maueke, Kleine Frankfurterstr. 30.
Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bäloustr. 66, 2. Hof parterre.
Meyerlegions-Broschüren, Broschüren, Briefe und alle anderen Bücher leicht und koste billig. Kochstr. 56 I, Amt 4a 694.
Wohlfühl-Cigaretten, ihrer feinsten Qualität halber ohne Konkurrenz, würde jeder beachten.

Vermietungen.

Metalldach aller Art liefert Broderick, Oppelnerstr. 16.
Vereinigungszimmer, Zahlstelle walden, Frankfurterstr. 117, 3. B. Wilhelm Bahmann, Badstr. 14.
Vereinigungszimmer, neu renoviert, Grünstr. 21, Weidenstr. 7148*
Große Vereinigungszimmer außer Donnerstag jeden Tag frei. Oranienstr. 183 parterre.
Vereinigungszimmer, Zahlstelle walden, empfehle Schaller, Stalgerstr. 125.
Vereinigungszimmer, Zahlstelle walden, empfehle Vinzer, Schützenstr. 18/19.
Junge Leute lernen sprechen, pfeifen, 1 Mark, Dapogegen, finger-schnell, sprechend, 25 Mark. Richter, Oranienstr. 87.
Wer leitet einem Parteigenossen 200 Mark? Gute Zinsen. Schuldens-freie neue Wirtschaft. Wöchentliche Abzahlung. Adressen unter O. 7.
Rechtsbureau, Rechtsfälle, Patentierung, Andreestr. 22, Dreimilchstr. 20.
Uhren repariert Glade, Putzstr. 45.
Fabrikräume, Doppelt, große, kleine und mittlere, unter günstigen Bedingungen zu vermieten. F. Simon, Wildauerstr. 1.
Mietgesuche.
Möbliertes kleines Zimmer, separat, zum 1. Juli gesucht, Nähe Gieselerstr. Oferten mit Preisangabe unter O. St. Postamt 24.

Arbeitsmarkt.

Schlafstellen.

Anständiger Herr findet gute Schlafstelle bei Frau Hing, Gräfe-str. 65.
Möblierte Schlafstelle Waldstr. 21, 22, Querebäude 4 Treppen, Gruth.
Möblierte Schlafstelle Charlottenburg, Defalloggstr. 22, Dittmer.
Möblierte Schlafstelle, separat, 7 Mark. Grünerweg 70, vorn III links.
Schlafstelle sofort, Fabisanet, Prenzlauer-Allee 194.
Freundliche Schlafstelle für zwei Herren, Thiel, Admiralstr. 26, vorn I.
Schlafstelle für anständigen Herrn Raunstr. 53, am Oranienplatz, bei Dammberg.
Zwifertin verlangt Blische, Rudowstr. 36.
Wamiels auf Jagd und Wald-tod verlangt Schulse, Gräfe-str. 41.
Tätige Dacharbeiterinnen auf Befehl verlangt sofort Uppert, Bernauerstr. 47 c.
Mägen. Tätige Arbeiterinnen auf bessere konfektionierte, wäsche und feidene Blusen, die bei sauberer Ausführung hohen liefern können, finden sofort dauernde Beschäftigung zu hohen Arbeitspreisen. Wohnungen mit Kostung von Probe-Arbeit bei Orgler u. Hübmann, Kurfr. 47/48 III

!! Gute Stellung !!

Für den Verkauf von Herrenmädel leichter Art - dabei ein gelegentlich geschäftiger Artikel - an Private, sucht eine Wäsche- und Bekleidungs-fabrik noch vier gut empfohlene Herren gegen hohe Provision auf Reisen für Provinz per sofort. Ausdrückliche Oferten nach Referenzen in der Expedition des „Borndorfs“ unter B. 7 erbeten. [2020b*
Arbeitsnachweis des Verbands der Gold- und Silberarbeiter. Wer sofort 1 tüchtiger Silber-schleifer, der auch Heften kann, für Berlin. 106/19
Achtung! Korbmacher. Die Differenzen bei Schula, Albrechtstr. 10, sind noch nicht beigelegt. Die Werkstatt ist bis auf weiteres gesperrt. 106/14*
Kontrollkommission der Korbmacher